

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Niedrigere Kindersterblichkeit

Nach Angaben des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) ist die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren in den letzten beiden Jahren in sechs pazifischen Staaten zurückgegangen. Zu den Staaten gehören die Salomonen, Vanuatu, die Föderierten Staaten von Mikronesien, die Marshall-Inseln, Palau und Nauru.

Als Gründe für den Rückgang nannte UNICEF in seinem im September veröffentlichten Bericht *Levels and Trends in Child Mortality: Report 2018* eine bessere vorgeburtliche Versorgung der Schwangeren, eine höhere Impfquote, mehr Regierungsausgaben für das Gesundheitssystem sowie auch eine bessere Koordination der Entwicklungshilfe.

*Info:* Im Jahr 2017 starben 6,3 Millionen Kinder unter 15 Jahren. Im besonders anfälligen ersten Lebensmonat starben 2,5 Millionen Säuglinge an Problemen bei der Geburt, Lungenentzündung, Durchfall, Sepsis und Malaria.

Insgesamt beobachtet die UNICEF eine positive Entwicklung der Kindersterblichkeit. Starben im Jahr 1990 noch 12,6 Millionen Kinder unter fünf Jahren, waren es im Jahr 2017 nur noch 5,4 Millionen Kinder unter fünf Jahren. Trotzdem stirbt weltweit derzeit noch jede fünfte Sekunde ein Kind unter 15 Jahren. (*Radio NZ Intern. 31.10.18, <https://data.unicef.org/resources/levels-and-trends-in-child-mortality/>*)

### Regionale Arbeitsgruppe zu häuslicher Gewalt

Vertreter von elf pazifischen Staaten haben Ende Oktober in Nadi (Fidschi) beschlossen, eine überregionale Arbeitsgruppe zu grün-

den, die sich des Themas „häusliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ annehmen soll. Die Arbeitsgruppe soll eine/n Vorsitzende/e aus Fidschi wählen, sowie ein/en Stellvertreter/in aus Samoa, die übrigen Staaten werden jeweils eine/n Vertreter/in in den Ausschuss entsenden, der sich alle zwei Jahre ab 2019 zum Erfahrungsaustausch und zu Beratungen treffen will. Bei den Treffen soll es auch darum gehen, wie bereits bestehende Gesetze besser in der Gesellschaft implementiert werden können. Auch will man beraten, wie Opfern von Gewalt besser geholfen werden kann.

Logistische Unterstützung erhält die neue Arbeitsgruppe vom *Pacific Community Regional Rights Resource Team* (RRRT) mit Sitz in Fidschi. Diesem Team ist die Gründung der Arbeitsgruppe auch zu verdanken, denn es hatte in Kooperation mit dem Frauenreferat der Vereinten Nationen und mit finanzieller Unterstützung von Australien und Schweden Vertreter aus den elf Pazifikstaaten zu einem Workshop über häusliche Gewalt nach Nadi eingeladen.

Im Rahmen des Workshops entstand dann die Idee einer Zusammenarbeit der Staaten bei der Bewältigung des Problems der Gewalt gegen Frauen und Kinder. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation werden 60 % aller Frauen im Pazifik mindestens einmal im Leben Opfer einer Gewalttat. (*Pressemitteilung UN Women und SPC 26.10.18*)

### Radioaktiv verseuchtes Wasser soll in den Pazifik

Die japanische Regierung unter Premierminister Shinzō Abe plant spätestens im Jahr 2020, Wasser aus dem zerstörten Atomkraftwerk *Fukushima-Daiichi* im Pazifik zu entsorgen. Nach eigenen Angaben hat die Regierung nicht mehr genug Platz, um kontaminiertes Wasser zu speichern. Das Wasser ist mit nuklearem Material aus den drei Atomreaktoren in

Berührung gekommen, nachdem die Anlage bei einem Erdbeben mit nachfolgendem Tsunami im März 2011 in Nordjapan havariert war.

Insgesamt will der Betreiber des Atomkraftwerkes, das japanische Energieversorgungsunternehmen TEPCO, 1,09 Millionen Tonnen verseuchtes Wasser in den Pazifik einleiten.

*Hintergrund:* Seit Jahren versucht der Betreiber des zerstörten Kernkraftwerks Fukushima Daiichi, das radioaktive Wasser zu reinigen. TEPCO gab Anfang Oktober bekannt, dass das behandelte Wasser in der Anlage nach wie vor zu stark verseucht ist. Es benötige unbedingt eine erneute Behandlung, bevor es unbedenklich ins Meer geleitet werden kann.

Eigentlich sollte die Behandlung alle radioaktiven Stoffe außer Tritium aus dem Wasser entfernen. Da Tritium in der Natur teilweise natürlich vorkommt, gilt das sogenannte Tritiumwasser als sicher. Das aktuelle Wasser weist allerdings immer noch Spuren von radioaktivem Jod, Cäsium und Strontium auf. Alle diese Stoffe gelten als gefährlich und gefährden die Umwelt.

Laut TEPCO übersteigen mehr als 80 Prozent der 900.000 Tonnen an verseuchtem Wasser die Grenzwerte. 161.000 Tonnen erreichten einen 10- bis 100-mal so hohen Wert wie erlaubt. Weitere 65.200 Tonnen erreichen sogar das 20.000-fache der Grenzen.

Der größte Teil des verseuchten Wassers befindet sich derzeit in gut verpackten Tanks auf dem Gelände des Atomkraftwerkes. TEPCO wies darauf hin, dass sie nur noch bis 2020 die Gesamtmenge von 1,37 Millionen Tonnen Wasser speichern können. Danach sind sie definitiv überlastet und müssen das Wasser irgendwo entsorgen.

(<http://smopo.ch/fukushima-radioaktiv-verseuchtes-wasser-soll-in-den-pazifik/>, *Sumikai-News aus Japan 1.10.18*)

## Bericht über die Reform der Palmölindustrie

Die internationale Umweltschutzorganisation *Greenpeace* hat im September einen neuen Bericht mit dem Titel "Final Countdown-Now or never to reform the Palm Oil Industry" über die Umsetzung der Ziele zur Reformierung der Palmölindustrie veröffentlicht.

Der 196-seitige Bericht mit zahlreichen Farbfotos und Grafiken dokumentiert großflächige Entwaldungen und Menschenrechtsverletzungen durch 25 Palmöl-Produzenten. Abgesehen von einer Ausnahme haben diese Unternehmen in den letzten 12 Monaten verschiedene Markenhersteller mit Palmöl beliefert.

*Greenpeace* deckt in dem Bericht auf, dass die 25 Produzenten seit 2015 mehr als 130.000 Hektar Wald- und Moorflächen zerstört haben. Dies entspricht einer Fläche, die fast doppelt so groß ist wie Singapur. Rund 40 % dieser Zerstörungen mit einer Gesamtfläche von 56.000 Hektar fanden in Papua, der östlichsten Provinz Indonesiens statt. Papua hat mit seinen ausgedehnten Regenwaldflächen in den letzten Jahren zunehmend das Interesse der Palmölindustrie geweckt.

Im Jahr 2010 verpflichteten sich Mitglieder des *Forums für Verbrauchsgüter*, die globalen Rohstofflieferketten nachhaltiger zu gestalten. Das weltweit größte Palmöl-Handelsunternehmen *Wilmar International* erklärte im Dezember 2013 seinen neuen Leitsatz: "*keine Entwaldung, keine Zerstörung von Mooren, keine Ausbeutung*" (NDPE-Leitsatz). *Wilmars* Direktor *Kuok Khoon Hong* versprach, dass das Unternehmen innerhalb von zwei Jahren nur Palmöl von verantwortungsbewussten Produzenten beziehen werde, die die Umwelt schützen und die Menschenrechte respektieren. Das Versprechen war *Wilmars* Reaktion auf die jahrelange Kritik an der Umweltzerstörung und an Menschenrechtsverletzungen

durch die Palmölindustrie. Andere Händler und deren Kunden folgten *Wilmars* Beispiel und innerhalb eines Jahres hatten die meisten großen Händler von indonesischem Palmöl - und die von ihnen belieferten Markenhersteller - eigene NDPE-Richtlinien entwickelt.

Seit Ende 2014 liegen alle Voraussetzungen vor, um den NDPE-Leitsatz zu einer gängigen Richtlinie für die Palmölindustrie zu machen. Die überwältigende Mehrheit des indonesischen und malaysischen Palmöls stammt jetzt von Unternehmen, die sich dem Schutz der Wälder verpflichtet haben. Eine aktuelle Analyse geht davon aus, dass Händler mit NDPE-Richtlinien bereits 74 % der gesamten Raffineriekapazität in Indonesien und Malaysia ausmachen. Trotzdem deuten nur wenige Anzeichen auf eine langsamere Entwaldung im Zuge der Palmölexpansion hin.

Trotz der Bekanntgabe der NDPE-Richtlinien scheitern Markenhersteller und Händler immer noch daran, Erzeuger und Lieferketten zu kontrollieren. In vielen Fällen beziehen die Unternehmen Palmöl von Plantagen, die zwar den Richtlinien entsprechen. Jedoch unterhalten viele der Produzenten an anderen Standorten Plantagen, für welche Regenwaldflächen gerodet wurden. Markenhersteller und Händler besitzen keine Karten der Lizenzflächen ihrer Lieferanten und verlangen auch keine Nachweise aller betriebenen Plantagen. Solche Maßnahmen würden aufdecken, ob die Erzeuger NDPE konform sind oder trotzdem andernorts Regenwald zerstören. Ohne diese Informationen gibt es keine Möglichkeit zu garantieren, dass Palmöl von Produzenten bezogen wird, die zur Entwaldung beitragen.

Als weltgrößtes Palmöl-Handelsunternehmen und Vorreiter von NDPE-Richtlinien ist *Wilmar International* zu einem erheblichen Teil verantwortlich für die Ausweitung der Palmölindustrie und die damit verbundene Zerstörung der Regenwälder In-

donesiens. Die Analyse von *Greenpeace* deutet nicht nur darauf hin, dass *Wilmar* im Vergleich zu anderen Handelsunternehmen mehr Palmöl von Produzenten bezieht, die Regenwälder zerstören; zugleich gelangt ein Großteil des schmutzigen Palmöls durch *Wilmar* auf den Weltmarkt.

Für die Palmölindustrie ist dies die letzte Chance für eine Umstellung bis 2020. *Wilmar* muss dabei eine Führungsrolle übernehmen. Das Unternehmen muss beweisen, dass es kein Palmöl mehr von Produzenten bezieht, die Regenwälder zerstören, indem Erzeuger sämtliche Standorte ihrer Plantagen und dazugehörige Karten von Lizenzflächen veröffentlichen. Die Handelsbeziehungen mit Produzenten, die sich weigern, die zuvor genannten Auflagen zu erfüllen, sollten unverzüglich abgebrochen werden. *Wilmar* muss seine Lieferketten komplett umgestalten, um bis 2020 nur noch mit Produzenten zu handeln, deren Betriebe alle Aspekte der NDPE-Richtlinien erfüllen. *Wilmars* Direktor, *Kuok Khoon Hong*, versprach 2013, den Markt bis zum Jahr 2020 mit entwaldungsfreiem Palmöl zu beliefern. Bis dahin bleiben ihm weniger als 500 Tage - der letzte Countdown (*final countdown*) hat begonnen.

### Hier geht es zum Greenpeace-Bericht:

<https://www.greenpeace.org/international/publication/18455/the-final-countdown-forests-indonesia-palm-oil/>  
(*www.westpapuanetz.de*, Kürzungen und Bearbeitung durch *J. Ratzmann*)

### Pazifische Flughäfen werden renoviert

Mit 51 Millionen US-Dollar von der Weltbank sollen die regionalen Flughäfen in Kiribati, Tonga, Tuvalu, Samoa und Vanuatu modernisiert werden. Das so genannte *Pacific Aviation Investment Program* (PAIP) sieht die Reparatur von Lande- und Startbahnen, den Bau modernerer Terminals sowie Verbesserungen

im Waren- und Personentransport auf den Flughäfen vor. (*Centre for Aviation online 31.10.18*)

## Küstenwache unterstützt bei Überwachung

Die US-amerikanische Küstenwache *U.S. Coast Guard* unterstützt im Rahmen der Initiative *Oceania Maritime Security* zehn pazifische Staaten bei der Überwachung ihrer Exklusiven Ökonomischen Zonen. Dazu bereiste der Zerstörer *USS Shoup* mit 320 Soldaten an Bord in den letzten Wochen die Gewässer der Staaten und bildete in mehrwöchigen Trainings Seeleute und Hafenspersonal aus. Die Überwachung der 12 Meilen-Zone um die Staatsgebiete ist nötig zur Verhinderung transnationaler illegaler Aktivitäten, wie etwa dem illegalen Fischfang.

*Info:* Die Initiative *Oceania Maritime Security* (OMSI) geht auf das amerikanische Verteidigungsministerium zurück. OMSI soll illegale Aktivitäten in den Exklusiven Ökonomischen Zonen von zehn Pazifikstaaten verhindern und das einheimische Personal entsprechend ausbilden. Ziel ist die regionale Sicherheit und die Schaffung transnationaler Partnerschaften zwischen angrenzenden Pazifikstaaten bei der Überwachung ihrer Gewässer. (*Fiji Village.com 14.10.18, <https://seawaves.com/2017/02/09/uss-michael-murphy-supports-oceania-maritime-security-initiative/>*)

## MELANESIEN

## PAPUA-NEUGUINEA

### APEC-Gipfel

Vom 17. bis zum 18. November fand in Port Moresby das jährliche Gipfeltreffen der *Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft* (APEC) statt.

Bei dem Treffen waren alle 21 Mitgliedsländer der APEC dabei. US-Präsident Donald Trump verzichtete - ebenso wie Russlands Staatsoberhaupt Wladimir Putin - darauf, selbst dabei zu sein. Insgesamt waren ca. 12.000 Menschen nach Port Moresby gekommen, die nicht nur in Hotels, sondern auch in drei australischen Kreuzfahrtschiffen im Hafen von POM untergebracht waren. Etwa 1.000 ausländische Journalisten berichteten live aus dem *Taurama Aquatic Centre*.

Dominiert wurde das Treffen von dem Handelsstreit zwischen den USA und China. Die USA haben in Port Moresby ihren harten Standpunkt bekräftigt. US-Vizepräsident Mike Pence, der in Vertretung von Präsident Donald Trump an dem Gipfel teilnahm, sagte, Washington könne seine Strafzölle von 250 Milliarden Dollar auf chinesische Waren mehr als verdoppeln. Die USA würden ihren harten Kurs nicht ändern, erklärte Pence, und betonte zudem, sein Land sei als Demokratie ein besserer Partner für andere Staaten als China.

In ungewöhnlich deutlicher Form warnte Pence andere Staaten davor, sich auf chinesische Angebote für Infrastruktur-Projekte einzulassen. *„Nehmt keine Kredite an, die eure Souveränität gefährden können. Schützt eure Interessen. Erhaltet euch eure Unabhängigkeit. Macht es wie Amerika: immer euer eigenes Land zuerst.“*

In Erwiderung der harten Worte von Pence warf Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping den Vereinigten Staaten vor, die gesamte Weltwirtschaft zu gefährden. Der Aufbau von *neuen Handelsschranken sei "kurzsichtig" und "zum Scheitern verurteilt"*, kritisierte Xi. Chinas Präsident beklagte das "egoistische" Vorgehen der USA. An die anderen Teilnehmer des APEC-Gipfels appellierte er: *„Wir sollten Nein sagen zu Protektionismus und Unilateralismus.“*

Einige Teilnehmer reagierten besorgt auf den offen ausgetragenen Streit zwischen den USA und China. Zu den APEC-Mitgliedern gehören neben wirtschaftlichen Schwergewichten wie Japan und Kanada auch Länder wie die Philippinen oder Malaysia. Mehrere Teilnehmer äußerten Sorge, dass der Streit zwischen China und den USA zu ihren Lasten gehen könnte. Australiens Premierminister Scott Morrison sagte: *„An 'Wie du mir, so ich dir'-Protektionismus kann niemand Interesse haben, genauso wenig wie an der Drohung mit Handelskriegen.“* Dies gehe mit Finanzmarktschwankungen in einigen Schwellenländern einher, erklärte der Premier. *„Unsere Aufgabe ist es jetzt, für die ökonomischen Werte einzustehen, an die wir glauben, und zu zeigen, wie sie funktionieren.“*

Malysias Ministerpräsident Mahathir Mohamad warnte vor wachsender Ungleichheit im Zuge der Globalisierung. Er kritisierte, dass der freie Handel jetzt schon unter dem Streit der beiden Großmächte leide, ebenso wie unter Großbritanniens Beschluss, die EU zu verlassen („Brexit“). Auch Russlands Regierungschef Dmitri Medwedew warnte vor zunehmenden Protektionismus.

Papua-Neuguineas Premierminister Peter O'Neill äußerte sich jedoch zuversichtlich über den wachsenden Einfluss Chinas in der Region. Er versicherte: *„Präsident Xi Jinping ist ein guter Freund von Papua-Neuguinea. Das Land ist ihm sehr wichtig. Und ich habe China in den vergangenen sieben Jahren zwölf Mal besucht.“* Offenbar sieht O'Neill in der hohen Verschuldung bei China kein Problem, die mit derzeit rund 600 Millionen US-Dollar ein Viertel seiner gesamten Auslandsverbindlichkeiten ausmachen.

O'Neill hatte sich sehr dafür eingesetzt, den APEC-Gipfel nach Port Moresby zu holen. Immer wieder hatte er sich in der Öffentlichkeit zu den positiven Nachwirkungen für PNG und seinen Tourismus geäußert: *„Everyone will*

*remember where Papua New Guinea it and will no longer confuse it with an African country“*, so O'Neill.

Der Gastgeber mit nur acht Millionen Einwohnern ist mit Abstand das ärmste aller APEC-Mitglieder. Für PNG war die Ausrichtung des APEC-Gipfels eine Prestigeangelegenheit. Die Kosten von Hunderten Millionen US-Dollar wurden zum großen Teil von China und Australien übernommen. Beide Länder bemühen sich verstärkt um Einfluss in dem rohstoffreichen und geostrategisch bedeutsamen Inselstaat vor Australiens Nordküste.

So hat China 2017 für die pazifischen Inselstaaten insgesamt rund vier Milliarden US-Dollar als Wirtschaftshilfe in Form von Krediten und Zuschüssen ausgewiesen. Der Löwenanteil floss nach PNG, und dort überwiegend in den Straßenausbau. Australiens Zusagen im Finanzjahr 2017/18 beliefen sich auf 815 Millionen US-Dollar. Erst Anfang November hatte die Regierung in Canberra nochmals zwei Milliarden US-Dollar für Infrastruktur und Handelsfinanzierung draufgelegt.

Nicht nur in PNG, sondern in der gesamten Region, hat sich China inzwischen als Entwicklungshelfer nach vorne geschoben. Lagen 2014 Australien, USA und Neuseeland noch vor China als wichtigste Geberländer in Ozeanien, so nahm China 2017 den ersten Platz ein, was die Zusagen betrifft, und die zweite Stelle bei tatsächlich geflossenen Mitteln.

*Info:* Die APEC wurde 1989 gegründet. Ziel ist es, ein großes Freihandelsabkommen rund um den Pazifik zu schaffen. In den APEC-Ländern rund um den Pazifik lebt etwa die Hälfte der Weltbevölkerung.

Der APEC-Gipfel schloss sich unmittelbar an zwei südost- bzw. ostasiatische Gipfeltreffen in Singapur an. Bei diesem Mini-Gipfel traf Präsident Xi Jinping mit den Staatschefs von mehreren pazifi-

schen Inselstaaten zusammen. Dabei sollte auch deren formeller Beitritt zu Chinas *Belt and Road-Initiative* (BRI) oder "neuer Seidenstraße" vollzogen werden. Es handelte sich neben PNG um Fidschi, Vanuatu, Samoa, Mikronesien, die Cook-Inseln, Tonga und Niue.

Nicht dabei bei dem Mini-Gipfel waren die sechs Inselnationen, die bislang noch diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten: Kiribati, die Marshall-Inseln, Nauru, Palau, die Salomonen und Tuvalu.

Im Vorfeld des Gipfels war es zu massenhaften Protesten und Großdemonstrationen in Papua-Neuguinea gekommen. Kritisiert wurde u.a. der Import von 40 Luxusautos der Marke *Maserati Quattroporte* (Verkaufspreis ca. 100.000 Euro pro Stück) sowie der Bau von extrem überbewerteten Luxushotels und der Anlage neuer Zufahrtsstraßen zu den Hotels und dem Tagungszentrum. Der renommierte australische Journalist und Kommentator Keith Jackson meinte gegenüber australischen Medien, der Autokauf sei eine „*totale Perversion*“ der melanesischen Gastfreundschaft durch „egogetroffene“ Politiker. Viele Kritiker beklagten zudem, dass die Straßen in Teilen des Landes in einem so schlechten Zustand sind, dass Orte von der Umwelt abgeschnitten sind. Hingegen seien sie in der Hauptstadt im Vorfeld der Konferenz mit hohem Aufwand repariert worden.

„*Das Geld wird zum Fenster rausgeworfen und im Hinterland von Papua-Neuguinea sterben die Menschen aus Mangel an ärztlicher Versorgung*“ - so der Tenor vieler Facebook-Einträge. An den beiden Freitagen vor dem APEC-Gipfel hatte ein breites Bündnis von Nichtregierungsorganisationen zu einem „Blockade-Tag“ aufgerufen. Die Bevölkerung sollte an diesen Tagen weder arbeiten noch einkaufen gehen.

(<https://www.apec2018png.org/>, *Lowy Institute* 17.05.18, *Business Advantage* 15.11.18, *dpa* 17.11.18, *ap* 17.11.18, *Reuters* 17.11.18, *Deutsche Welle* 17.11.18, *Wikipedia*, *Facebook*, *The Guardian*, *Asia Times*, 16.- 19.11.2018)

## Rückschläge für Nautilus

Eigentlich wollte der kanadische Bergbaukonzern *Nautilus Minerals* im kommenden Jahr mit dem Tiefseebergbau in der Bismarck-See vor der Küste von Neubritannien und Neuirland beginnen. Das Unternehmen hat dort von der PNG-Regierung für 20 Jahre eine Lizenz zum Abbau von Rohstoffen aus der Tiefsee erworben. Das „Solwara-1“-genannte Projekt steht seit langem in der Kritik, Umweltschützer und Landeigner in der betroffenen Region fürchten um die Meeresflora- und -fauna. Nun hat das Unternehmen herbe Rückschläge einstecken müssen.

Im August hatte der langjährige Präsident und geschäftsführende Direktor des Konzerns, Mike Johnson, überraschend gekündigt. Im November hat der kanadische Konzern sein Schiff verloren, von dem aus die Abbauroboter in die Tiefsee gelassen werden sollten. Das von der Werft *Fujian Mawei Shipbuilding* in Shanghai erbaute Versorgungs- und Transportschiff (Production Support Vessel) sollte für fünf Jahre an Nautilus vermietet werden. Jetzt wurde Nautilus jedoch der Mietvertrag gekündigt, denn das Schiff wurde an das Joint-Venture von *Ocean Energy Ventures* und *Quippo Oil and Gas* verkauft. Dann stellte sich heraus, dass Nautilus - schon lange in finanzieller Schieflage - zum 8. Januar 2019 fällige Kredite zurückzahlen muss.

Informationen von „Insidern“ zufolge soll Nautilus bereits in Verhandlungen mit (auch deutschen) Banken und Geschäftspartnern stehen, um die Finanzierung des Tiefseebergbauprojektes zu „retten“. So hat *Deep Sea Mining Finance Ltd* seine Darlehenssumme schon erhöht. Auch Partner für den Erwerb eines neuen Schiffes sind wohl schon gefunden worden. (*AG Tiefseebergbau* 04.12.18, *Mining Journal online*, <http://www.nautilusminerals.com/irm/content/default.aspx>, *Offshore Magazin* 27.11.18)

## † Lady Hannah Dadae

Am 4. Dezember starb im *Pindara Private Hospital* in Brisbane (Australien) Lady Hannah Dadae im Alter von 53 Jahren an Leberkrebs. Sie war die Ehefrau von Grand Chief Sir Bob Dadae, dem Generalgouverneur (= Vertreter der britischen Königin Elisabeth II., oberster Verwaltungsbeamter) in Papua-Neuguinea.

Die ausgebildete Lehrerin stammte aus dem Dorf Mukeri in Biawaria, Garaina, Bulolo-Distrikt (Morobe-Provinz). Hier stand sie bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 2008 über 29 Jahre lang im Schuldienst, bevor ihr Mann zum Generalgouverneur berufen wurde und die Familie nach Lae umsiedelte. Hier engagierte sie sich besonders in der lutherischen Kirche sowie in verschiedenen Wohltätigkeitsorganisationen. Sie nahm sich auch der weiblichen Gefängnisinsassen in Bomana an und organisierte Resozialisierungsprojekte.

Lady Dadae war eine engagierte Aktivistin für die Rechte von Frauen und Mädchen. So hatte sie noch in diesem Jahr bei der Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea eine Brandrede gegen die zunehmende (häusliche) Gewalt gegen Frauen und Kinder und die „Hexenverbrennungen“ wegen „Sanguma“ gehalten.

Lady Dadae hinterlässt ihren Mann sowie fünf gemeinsame Kinder. Die Trauerfeier fand am 10. Dezember in der *Marimari Lutheran Church* in Gordons statt. Die Trauerrede hielt Lady Dadaes Tochter. Vertreter aus Politik (Premierminister Peter O'Neill und weitere Parlamentarier), Wirtschaft und Gesellschaft nahmen an dieser teil.

Am 12. Dezember wurde Lady Dadae nach einer Trauerfeier auf dem lutherischen Friedhof in Lae bestattet. (*Post-Courier* 05.12.18, *EM-TV* 05.12.18, 10.12.18)

## Liste der neun reichsten Menschen

Anlässlich des 43. Jahrestages der Unabhängigkeit Papua-Neuguineas 1975 hat das einflussreiche amerikanische Wirtschaftsmagazin *Forbes* eine Liste mit den neun reichsten Menschen in Papua-Neuguinea veröffentlicht. Alle neun Genannten sind männliche Politiker.

Auf Platz 1 steht Sir Michael Thomas Somare (geb. 1936), der erste Premierminister des Landes nach der Unabhängigkeit mit mehreren Amtszeiten zwischen 1975 und 2011.

Auf Platz 2 folgt Sir Julius Chan (geb. 1939), Premierminister von 1980 bis 1982 und erneut von 1994 bis 1997. Chan ist derzeit im Parlament für die Provinz Neuirland sowie Gouverneur dieser Inselprovinz.

Platz 3 hält Sir Mekere Morauta (geb. 1946), Politiker und u.a. Direktor der Bank von PNG. Auf Platz 4 folgt der seit 2011 amtierende Premierminister, Peter O'Neill, geboren 1965 in der Provinz Südliches Hochland.

Auf Platz 5 folgt ebenfalls ein ehemaliger Premierminister von PNG, Paias Wingti (geb. 1951). Er war von 1985 bis 1988 und von 1992 bis 1994 Premierminister. Wingti gründete 1995 die Partei *People's Democratic Movement*.

Platz 6 hält Don Pomb Polye (geb. 1967). Der 51-Jährige aus der Enga-Provinz war u.a. Minister für zivile Luftfahrt.

Der amtierende Präsident der autonomen Regierung von Bougainville, John Momis (geb. 1942), steht auf Platz 7 der Liste der reichsten Männer. Zwischen 1970 und 1993 war Momis katholischer Priester.

Platz 8 hält Belden Namah (geb. 1968). Der ehemalige Militärkommandant war Vize-Premierminister. Auf Platz 9 steht Bob Dadae (geb. 1961), seit Februar 2017 der Generalgouverneur des Staates. (<https://indapaper.com/all-new-forbes-top-10-richest-people-in-papua-new-guinea-in-2018/9/>)

## Botschafter auch für Salomonen zuständig

Der im Juni 2018 zum Botschafter Indiens für Papua-Neuguinea berufene Vijai Kumar ist Ende November zum nicht-residentiellen Botschafter für die Salomonen ernannt worden. Er bleibt jedoch in Port Moresby wohnen und wird von dort aus die indischen Interessen auch auf den Salomonen vertreten.

Kumar ist ein erfahrener, altgedienter Diplomat, der zuvor bereits als Botschafter in verschiedenen Ländern des Mittleren Ostens und Europas gedient hat sowie u.a. auch als Botschafter Indiens bei den Vereinten Nationen in New York tätig war. (*ANI* 30.11.18)

## BOUGAINVILLE

### Ausbildungsprogramme für Polizisten

Im Vorfeld des im nächsten Jahr anstehenden Referendums über die politische Zukunft der autonomen Republik hat die Polizei (*Bougainville Police Service*, BPS) ein Umschulungs- und Ausbildungsprogramm für zukünftige Polizistinnen und Polizisten gestartet und darin 50 junge Menschen aufgenommen. Die 22-wöchige Schulung *PREP (Pre-Recruit-Education Program)* sollte Männer und Frauen fit machen für eine erfolgreiche Bewerbung bei der *Royal Papua New Guinea Constabulary* (RPNGGC). Die Anwärter auf den Polizeidienst vertieften in der Schulung ihre Kenntnisse in Lesen, Mathematik, Englisch und Grammatik. Schwerpunkt war das schriftliche Verfassen von Polizeiberichten sowie ein Kommunikationstraining zur Befragung von Tätern und Opfern.

32 der Anwärter (darunter 12 Frauen) konnten sich für die Polizeischule in Bomana (Festland Papua-Neuguinea) mit diesem Training qualifizieren und haben die Polizistenausbildung inzwi-

schen erfolgreich abgeschlossen. Alle fanden einen Job im Polizeidienst der BPS. (*Post-Courier* 28.11.18, *Loop News* 03.12.18)

### Katastrophenhelfer ausgebildet

Das Katastrophenbüro (*Regional Disaster Office*) in Arawa hat Ende November mit finanzieller Unterstützung durch das Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und das australische Außenministerium mit Ersthelfern und Angestellten des Büros Standardvorgänge (*Standard Operating Procedures, SOP*) im Falle eines Tsunamis und eines Vulkanausbruchs eingeübt. Es sei wichtig, dass Handlungen und Anweisungen im Falle einer plötzlich eintretenden Katastrophe schnell und koordiniert mit Weitblick ausgeführt werden, erklärte einer der Ausbilder von der UNDP. Die Helfer müssten genau wissen, was im Falle einer Warnung vor einem Tsunami getan werden müsse.

Bougainville ist eine von sieben Provinzen in Papua-Neuguinea, die an dem Pilotprojekt zur Katastrophenvorsorge teilnimmt und Helfer für den Ernstfall ausgiebig schulen lässt. (*Post-Courier* 27.11.18)

### † Jimmy Tama Pahia

Der Rugbyspieler Jimmy Tama Pahia von den „Black Orchids“ starb am 13. November im Krankenhaus in Buka infolge eines missglückten Bergungsversuchs. Pahia ist ausgebildeter Rettungsschwimmer und -taucher und sollte eine Leiche aus dem Meer bergen. Bei diesem Versuch kam er ums Leben.

Der 27-jährige Sportler spielte 2010 im Jugendnationalteam von Papua-Neuguinea („Pukpuks“) in der Jugend-Rugby-Meisterschaft (Oceania Championship) der unter 20-Jährigen in Apia (Samoa) Regelmäßig spielte er für das 7-er Rugby-Team aus Bougainville,

die „Black Orchids“. Pahia hinterlässt zwei kleine Kinder. (*The National* 19.11.18, *EM TV Sport* 03.12.18)

## SALOMONEN

### Gefälschte Wahlregister

Nach Angaben der Wahlkommission haben sich mindestens 60.000 Personen mehrfach in das Wahlregister eingetragen. Mose Saitala, Leiter der Wahlkommission, die die Parlamentswahlen 2019 vorbereiten soll, sagte, einige Menschen hätten sich sogar in zehn (von insgesamt 50) verschiedenen Wahlbezirken mit immer gleichem Namen eingetragen. Seine Wahlkommissare wüssten um das Problem und tauschten sich untereinander über „Mehrfach-Einträger“ aus.

Ein Datum für die Parlamentswahlen steht noch nicht fest, derzeit laufen noch bis Anfang Dezember die Registrierungen der potentiellen Wähler. Bei den letzten Wahlen im Jahr 2014 waren 288.000 Personen eingetragen, diese Zahl dürfte sich im nächsten Jahr jedoch erhöhen.

Die *Solomon Islands Electoral Commission* wirbt auf ihrer Webseite mit dem Slogan „Vote blo iu - Voice blo iu“ (Deine Wahl, deine Stimme) für die Eintragung in das Wahlregister. Sie warnt auf ihrer Webseite auch vor dem Mehrfach-Eintrag in Wahlregister verschiedener Wahlbezirke. Nach Angaben der Wahlkommission handelt es sich hierbei um eine Straftat, die mit einer Haftstrafe von bis zu fünf Jahren und/oder einer Geldstrafe in Höhe von bis zu 50.000 Solomon Islands Dollar geahndet werden kann. Die Wahlkommission warnt auch explizit vor Bestechung und ruft die Wähler dazu auf, sich nicht mit Geld, kostenloser Nutzung von Bussen oder Fähren oder sonstigen Vergünstigungen dazu überreden zu lassen, sich außerhalb des heimischen Wahlkreises registrieren zu lassen.

(<http://www.siec.gov.sb/>, *Solomon Islands Broadcasting Corporation* 01.11.18)

### Neue Westpapua-Politik

Die *Solomon Islands Democratic Coalition for Change* unter Führung von Premierminister Rick Houenipwela (kurz: Hou) hat keine politische Strategie im Umgang mit Westpapua. Ganz im Gegenteil habe seine Regierung gar nichts mehr mit Westpapua zu tun, erklärte Hou. Er habe das Thema bei dem bilateralen Treffen mit dem indonesischen Präsidenten Joko Widodo am Rande des APEC-Gipfels vermieden, denn Westpapua sei integraler Bestandteil Indonesiens und in dessen Politik würde er sich nicht einmischen wollen, so Hou.

Damit fahren die Salomonen nun eine ganz andere Politik als unter dem ehemaligen Premierminister (und derzeit amtierendem Vize-Premier) Manasseh Sogavare. Sogavare hatte sich bei der *Melanesian Spearhead Group* des Öfteren für die Selbstbestimmtheit des papuanischen Volkes und deren Unabhängigkeit von Indonesien angesprochen.

Von Journalisten auf die neue Haltung der Regierung gegenüber Westpapua angesprochen, erklärte Hou, er und sein Vize-Premier hätten eben unterschiedliche Meinungen in der Westpapua-Frage. (*Solomon Star* 02.12.18)

### Erfolge für Studierende

Bei der jährlichen Vergabe von Journalismuspreisen an die Absolventen des dreijährigen Studienganges Journalismus an der *University of the South Pacific (USP)* in Suva (Fidschi) haben die Studierenden aus den Salomonen in sieben von insgesamt 14 Kategorien Preise gewonnen.

Bei der 18. Vergabe der Preise im Rahmen der *Journalism Student Awards Night* auf dem Laucala Campus in Suva wurden die erfolgreichen Absolventen und die derzeitigen Studierenden gebührend gefeiert und mit Preisgeldern, hölzernen Kava-Schalen und Urkunden bedacht.

Elizabeth Osifelo von den Salomonen und Koroï Tadulala aus Fidschi bekamen den „Journalism Tanoa Award“ als beste Absolventen des Jahrgangs. Rosalie Nongebatu wurde für die beste Radio-Reportage mit dem „Fiji Times Storyboard Award“ geehrt.

Sharon Nanau erhielt im zweiten Jahr ihres Studiums einen Preis für die beste Fernsehsendung von Fiji Television.

Fredrick Kusu von den Salomonen wurde als „Most promising first year student“ geehrt. Chris Ha'arabe von den Salomonen erhielt eine Auszeichnung für seine Online-Reportage.

Die Laudatio auf die Preisträger hielt Dr. David Robie, Direktor des *Pacific Media Centre* an der *Auckland University of Technology* und selbst ein renommierter Journalist in Ozeanien.

Festredner war auch ein ehemaliger Absolvent des Journalismus-Studienganges: Charles Kadamana aus den Salomonen ist inzwischen Präsident der *Media Association of Solomon Islands*. (SIBC 22.10.18, *Pacific Media Watch* 22.10.18)

### Galerie für lokale Künstler eröffnet

Mit finanzieller Unterstützung durch Taiwan hat in der Hauptstadt Honiara im November ein *Arts and Craft Centre* eröffnet. In den Räumen können lokale Künstler und Kunsthandwerker ihre Produkte zum Kauf anbieten. Zur Eröffnung des Shops kamen der Premierminister der Salomonen, Rick Houenipwela, und der Botschafter Taiwans für die Salomonen, Roger Luo.

Kultus- und Tourismusminister Bartholomew Parapolo sagte bei seiner Ansprache zur feierlichen Einweihung des neuen Zentrums, er wünsche sich, dass aus diesem Kunstzentrum ein Anziehungspunkt für Touristen würde. Die einheimischen Künstler und Kunsthandwerker hätten auslän-

dischen Besuchern viel zu bieten. Minister Parapolo bedankte sich bei Taiwans Botschafter für die großzügige finanzielle Unterstützung beim Bau der neuen Kunstgalerie.

(<http://www.sibconline.com.sb/honiara-craft-center-opens-today/> 07.11.18)

### Neues Buch über Gefängniswärterinnen

Erstmals ist in den Salomonen ein Buch zur Arbeit von Frauen in Strafvollzugsbehörden erschienen. In dem Buch „Her Story: Women working in corrections 1986 - 2018“ berichten 24 Frauen über ihre Erfahrungen als Sozialarbeiterinnen, Gefängniswärterinnen und Sachbearbeiterinnen im Strafvollzug.

Wendy Gebe, Vorsitzende des *Correctional Services Solomon Islands Women's Network*, erklärte, in den letzten 30 Jahren habe sich die Arbeit sehr gewandelt. So gebe es heutzutage Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen auch in der Strafvollzugsbehörde. Die Frauen hätten die Möglichkeit, nach dem Mutterschutz in Elternzeit zu gehen oder auch am Arbeitsplatz zu stillen. Dies habe es früher gar nicht gegeben. Auch seien Frauen heute viel selbstbewusster und ließen sich von männlichen Gefängnisinsassen nicht mehr mit sexistischen Ausdrücken beleidigen. Waren Frauen im Strafvollzug früher nur mit T-Shirts und kurzen Hosen bekleidet, hätten sie heute einheitliche Uniformen mit einem Barrett als Kopfbedeckung. Dieses mache einen professionellen Eindruck und vermittele den Gefangenen den nötigen Respekt.

Das Buch solle vor allem jungen Frauen Mut machen, sich in diesem Berufszweig zu engagieren, so Gebe weiter. (*Radio NZ Intern.* 31.10.18, <http://www.sibconline.com.sb/cssi-women-network-launches-book-today/>)

## FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Oliver Hasenkamp, Vorstandsvorsitzender Pazifik-Netzwerk e.V., Berlin]

### Knappe Mehrheit für Premier Bainimarama und FijiFirst-Partei

Am 14. November 2018 haben in Fidschi Parlamentswahlen stattgefunden. Zwar konnte die Regierungspartei *FijiFirst* von Premierminister Voreqe Bainimarama wie erwartet ihre absolute Mehrheit halten, diese fällt mit 50,02 % der Wählerstimmen jedoch überraschend knapp aus und *FijiFirst* verlor im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2014 fast 10 % der Wählerstimmen (2014: 59,17 %). Die größte Oppositionspartei *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA) erhielt laut offiziellem Ergebnis 39,85 % – ein Zugewinn von über 10 % der Wählerstimmen (2014: 28,18 %) –, die *National Federation Party* (NFP) kam auf 7,38 % (2014: 5,46 %). Die neu angetretenen Parteien *Unity Fiji Party* (1,52 %) und *HOPE* (0,62 %) landeten ebenso wie die einstmals einflussreiche *Fiji Labour Party* (0,62 %; 2014: 2,35%) weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen und konnten keine Parlamentssitze erobern.

Die Opposition und internationale Beobachter beklagten Unregelmäßigkeiten bei der Wahl. Schlechtes Wetter hinderte zahlreiche Bürgerinnen und Bürger an der Stimmabgabe, in einigen Wahlbezirken konnten Wählerinnen und Wähler ihre Stimme erst drei Tage nach dem Wahltag verspätet abgeben.

Dem fidschianischen Parlament werden zukünftig 51 Abgeordnete angehören, das ist aufgrund eines zusätzlichen Mandats (vergleichbar mit dem deutschen „Überhangmandat“) eine Person mehr als in den vergangenen vier Jahren. *FijiFirst* verliert fünf Mandate und kommt zukünftig auf 27 Sitze, hat somit also immer noch eine Mehrheit von zwei Stimmen. SODELPA kann sechs Sitze hin-

zugewinnen und wird zukünftig von 21 Abgeordneten vertreten, die *National Federation Party* ist weiterhin mit drei Abgeordneten vertreten.

Premierminister Bainimarama begründete das überraschend schlechte Abschneiden seiner Partei im Vergleich zu 2014 vor allem mit der niedrigen Wahlbeteiligung aufgrund starker Regenfälle am Wahltag. Landesweit lag die Wahlbeteiligung bei 72 % der insgesamt 637.537 Wahlberechtigten, das sind 12 % weniger als vor vier Jahren, als in Fidschi erstmals nach einer militärischen Machtübernahme im Jahr 2006 unter dem heutigen Premierminister Bainimarama wieder Wahlen stattfanden. Aufgrund des schlechten Wetters habe die Wahlbeteiligung in diesem Jahr in einigen Gegenden nur bei knapp über 50 % gelegen. Zahlreiche Wahlbüros mussten aufgrund des Regens und von Überschwemmungen sogar vorübergehend geschlossen werden. In 26 Wahlbüros wurden bereits abgegebene Stimmzettel zerstört und wurden die Wahlen am 17. November, drei Tage nach dem eigentlichen Wahltermin, nachgeholt.

Nicht nur deshalb sprechen auch die wenigen zugelassenen internationalen Beobachter von Unregelmäßigkeiten. Sie kritisieren ebenso wie die Opposition, dass Mitglieder des Regierungskabinetts Gelder aus der Staatskasse genutzt haben sollen, um wahlentscheidende „Wahlgewinne“ zu verteilen. Die fidschianische Wahlkommission hat diese Vorwürfe zurückgewiesen. Der Wahlkampf wurde auch dadurch erschwert, dass sich die Regierung sehr lange Zeit mit der Bekanntgabe des Wahltermins gelassen hat (siehe frühere Ausgaben der *Pazifik aktuell*). Trotz ursprünglicher Ankündigungen, den Wahltermin bereits im Frühjahr bekanntzugeben, gab Premierminister Bainimarama erst am 30. September bekannt, dass die Wahl am 14. November durchgeführt werden solle. Da die Regierungspartei *FijiFirst* in den vergangenen vier Jahren mit deutli-

cher Mehrheit und „starker Hand“ regieren konnte, ist der Einfluss der Regierung auf Medien und Polizei weiter sehr groß. So wird die Regierung öffentlich kaum kritisiert und nutzt sie ihre Macht regelmäßig zur Einschüchterung.

Unter anderem wurde berichtet, dass SODELPA-Spitzenkandidat Sitiveni Rabuka – Militärputschist aus dem Jahr 1987 und später gewählter Premierminister – am Wochenende vor der Wahl von der Polizei verhört worden sei. Außerdem bereitet die Regierung noch eine Klage gegen ihn vor, wie sie wenige Tage vor der Wahl bekanntgab. SODELPA, ursprünglich ein Sammelbecken für (vor allem indigene *i-taukei*) Politiker mit unterschiedlichem politischen Profil, hat sich in den vergangenen Jahren und insbesondere unter der Führung von Rabuka immer weiter zu einer Partei entwickelt, die sich offen für die Interessen der indigenen Bevölkerungsmehrheit einsetzt. So hat die Partei im Wahlkampf die Wiedereinführung des Großen Häuptlingsrats, die Rückkehr zur Verfassung von 1997 und eine Änderung des Wahlsystems gefordert.

Bainimarama kritisierte entsprechend auch, dass SODELPA lediglich für die indigene Bevölkerung eintrete und kein Interesse daran habe, sich für die gesamte Bevölkerung des Landes einzusetzen. Er begrüßte bei Bekanntgabe des Wahlergebnisses am 18. November, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung für seine Regierung ausgesprochen habe. Bainimarama selbst war während der Bekanntgabe des Wahlergebnisses in Neuseeland, um dort an der Beerdigung seines Bruders teilzunehmen.

Gestiegen ist mit der Wahl die Anzahl an Frauen im fidschianischen Parlament. Diese ist zwar immer noch sehr gering, mit der Wahl von zehn Frauen ins Parlament ist ihr Anteil im neuen Parlament aber immerhin von etwa 16 % auf etwa 20 % gestiegen. Fünf der gewählten Frauen gehören *FijiFirst* an, die andere Hälfte

der Opposition. (*Wikipedia, Fiji Election Office: <https://www.feo.org.fj/>, Radio New Zealand International 14.11.18, 16.11.18, 17.11.18, 18.11.18, Fiji Sun 15.11.18, Fiji Times 17.11.18, The Guardian 18.11.18, ABC 15.11.18, Devpolicy Blog*)

## Bainimarama als Premierminister bestätigt

Nach der Parlamentswahl in Fidschi und der Verteidigung einer dünnen Mehrheit durch die Regierungspartei *FijiFirst* ist Voreqe Bainimarama am 20. November erneut als Premierminister vereidigt worden. Er hat dieses Amt mit demokratischer Legitimation seit 2014 inne und war bereits zuvor acht Jahre lang „Interims-Premierminister“, nachdem er als Chef des fidschianischen Militärs im Jahr 2006 die Macht in dem Land übernommen hatte. (*Fiji Sun 19.11.18, 20.11.18, Fiji Times 20.11.18, 21.11.18, Wikipedia*)

## Fidschis Vorsitz über UN-Klimaverhandlungen endet mit COP24

Mit dem Auftakt zur 24. UN-Klimakonferenz im polnischen Kattowitz am 2. Dezember 2018 hat offiziell Fidschis einjähriger Vorsitz über die UN-Klimaverhandlungen geendet. Fidschi ist der erste pazifische Inselstaat, der den Vorsitz über die Klimaverhandlungen innehatte und hatte diese Funktion im November vergangenen Jahres bei der 23. UN-Klimakonferenz in Bonn übernommen.

Als Ergebnis der fidschianischen Präsidentschaft findet in Kattowitz unter anderem ein offener Dialog unter dem Titel „Talanoa Dialogue“ statt, der helfen soll, die Ambitionen der Staaten in ihren nationalen CO<sub>2</sub>-Reduktionsplänen zu steigern, um das für Inselstaaten wichtige Ziel der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5°C noch zu ermöglichen.

Insgesamt wird die fidschianische Präsidentschaft von vielen Menschen in den pazifischen Inselstaaten, vor allem in den besonders vom Klimawandel betroffene-

nen Atoll-Staaten wie Tuvalu oder Kiribati, mittlerweile durchaus kritisch gesehen. So sagte beispielsweise Maina Talia von der *Tuvalu Association of Non-Governmental Organisations* bei einer Veranstaltung von *Brot für die Welt* im November in Berlin, dass er ebenso wie viele andere enttäuscht von den Ergebnissen der fidschianischen Präsidentschaft sei. (*Fiji Times* 2.12.18, 4.12.18, *Fiji Sun* 2.12.18, *Radio New Zealand International* 2.12.18, *Webseite der COP24, Wikipedia, eigene Recherche*)

## VANUATU

### Team legt Bericht über Finanzierung vor

Ein Team aus Vertretern mehrerer staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen hat Ende September einen Bericht über die Verwendung von Entwicklungshilfegeldern bei der Bekämpfung der Klimawandelfolgen in Vanuatu vorgelegt. Unter der Ägide des *Pacific Islands Forum Secretariat* hatte das Team untersucht, wie die zwischen den Jahren 2013 und 2017 ausgezahlten rund 200 Millionen US-Dollar eingesetzt wurden. Die „Climate Change Finance Review“ enthält auch praktische Empfehlungen, wie die Regierung von Vanuatu die Bemühungen von Entwicklungshilfegebern noch weiter unterstützen kann.

Die Steigerung der technischen und finanziellen Hilfen zur Bekämpfung des Klimawandels habe leider auch negative Folgen, heißt es in dem Bericht. Das Antragsverfahren habe sich durch die Vielzahl der unterschiedlichen „Töpfe“ so verkompliziert, dass für die erfolgreiche Antragstellung und Genehmigung von Geldern mehrere Partner Hand in Hand arbeiten müssten.

Minister Ham Lini, der Minister für Klimawandel-Anpassung, Meteorologie, Energie, Umwelt und Naturkatastrophen, erklärte bei der Vorstellung der Studie, wie wichtig es sei, als Regierung ausreichend über die finanziellen Hilfs-

angebote diverser Organisationen informiert zu sein und zu wissen, wie und zu welchen Zwecken man wo Gelder im Kampf gegen den Klimawandel beantragen könne. (*Pressemitteilung PIF Secretariat* 21.09.18)

### Aus Darlehen wird Spende

Die Volksrepublik China hat dem Staat Vanuatu Schulden in Höhe von 2,8 Millionen US-Dollar erlassen. Der Regierung von Vanuatu war gar nicht bewusst, dass sie bei China in der Kreide stand. Erst bei einem bilateralen Treffen von Regierungsvertretern im Laufe des APEC-Gipfels kam heraus, dass Vanuatu bisher davon ausgegangen war, bei dem bereits im Jahr 2004 überwiesenen Geld handle es sich um einen Zuschuss und nicht um einen Kredit. Das Geld hätte bis Dezember 2015 zurückgezahlt werden sollen. Als die Vertreter Chinas nun nachfragten, wann mit der Rückzahlung zu rechnen sei, kam das Missverständnis zu Tage. Als großzügige Geste beschloss die chinesische Regierung daraufhin, auf die Rückzahlung zu verzichten und das Geld als Spende für Vanuatu zu verbuchen.

Beide Staaten schlossen während des APEC-Gipfels auch ein *Memorandum of Understanding* (MoU) über die Einsetzung einer *„Joint Economic and Trade Commission“*, die sich ab sofort regelmäßig alle zwei Jahre zu einem Austausch über gemeinsame Handels- und Wirtschaftsfragen treffen soll.

In einem zweiten MoU ging es um die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen Vanuatu und der Provinz Guangdong (China). (*Radio NZ Intern.* 27.11.18)

### Orden für Lorine Tevi

Die frühere Generalsekretärin der Pazifischen Kirchenkonferenz (*Pacific Conference of Churches*, PCC), Lorine Tevi aus Fidschi, ist mit der Medaille des Staates Va-

nuatu (*General State Medal of Recognition*) ausgezeichnet worden. Sie bekam den Orden im Rahmen einer Feier in Port Vila von Staatspräsident Obed Moses Tallis für besondere Verdienste um die Unabhängigkeit von Vanuatu verliehen.

Tevi war von 1977 bis 1981 Generalsekretärin der PCC und hatte sich in ihrer Amtszeit sehr für die Dekolonisierung von Pazifikstaaten eingesetzt. Die ehemals „Neuen Hebriden“ waren 1980 unabhängig geworden. Tevi hatte die ersten selbständigen Politiker des Landes (Premier Father Walter Lini, Präsident George Sokomanu) auf dem Weg in die Unabhängigkeit begleitet.

Von 1982 bis 1991 arbeitete Tevi in der Bildungsabteilung des Weltkirchenrates in Genf (Schweiz).

Zeit ihres Lebens setzt sich Tevi für die Selbstbestimmtheit pazifischer Völker ein. Die atomare Vergangenheit vieler pazifischer Inseln war für sie ein Grund, sich besonders stark in der Bewegung für einen atomwaffenfreien Pazifik (NFIP) zu engagieren.

Die bekennende Christin ist Mitglied der Methodistischen Kirche von Fidschi. Sie hat einen Master in Bildungswissenschaften sowie einen Master in Theologie. (*Vanuatu Independent* 12.10.2017)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN)

### EU finanziert Biodiversitätsprojekte

Die Europäische Union (EU) wird in Kooperation mit dem *Pacific Regional Environment Programme* (SPREP) und der *Pacific Community* (SPC) Projekte zum Schutz der Biodiversität und zum Ausbau der erneuerbaren Energien in den Überseegebieten Neukaledonien, Pitcairn, Französisch-Polynesien und Wallis und Futuna fördern. Dazu werden über einen Zeitraum von vier Jahren 36 Millionen Euro zur Verfü-

gung gestellt. Mit den Geldern sollen auf den entsprechenden Inseln Projekte zur nachhaltigen Entwicklung angestoßen werden. Dabei soll es schwerpunktmäßig um Projekte gehen, die die Wirtschaften der Inseln unabhängiger von den Folgen des Klimawandels machen und zugleich die Biodiversität auf den Inseln schützen. Landwirtschaft und Fischerei sollen gestärkt werden und unabhängiger von den Auswirkungen des Klimawandels werden. Neue Einkommensmöglichkeiten, etwa in der Aquakultur, sollen geschaffen werden, die Ausbreitung invasiver Arten auf den Inseln soll gestoppt werden.

Das Geld für das *PROTEGE (Pacific Territories Regional Project for Sustainable Ecosystem Management)* genannte Programm kommt aus Mitteln des elften *European Development Fund* und ist eigens für die Bekämpfung von Klimawandelfolgen in den überseeischen Ländern und Territorien der EU bereitgestellt worden. (Pressemitteilung SPC, EU und SPREP 26.10.18)

### Unabhängigkeitsreferendum in Kanaky – eine erste Analyse

Seit fast 30 Jahren steht die Unabhängigkeitsfrage im französischen Überseegebiet Neukaledonien im Raum. Nun hat das erste historische Unabhängigkeitsreferendum stattgefunden. Am 4. November waren knapp 175.000 Bewohner des südpazifischen Archipels aufgerufen, über die Frage „*Voulez-vous que la Nouvelle-Calédonie accède à la pleine souveraineté et devienne indépendante?*“ (Wollen Sie, dass Neukaledonien die volle Souveränität erhält und unabhängig wird?) abzustimmen (Bensa 2018). Das Resultat kann unterschiedlich interpretiert werden. Sicher, die Unabhängigkeitsgegner haben die Abstimmung mit 56,4 % gegen 43,6 % gewonnen. Dennoch fühlen sich die Unabhängigkeitsbefürworter als Sieger.

Dies liegt zum einen daran, dass ein anderes Resultat erwartet worden war. Die Meinungsforschungsinstitute hatten den Unabhängigkeitsbefürwortern zwischen 22,5 % und 34 % prognostiziert (Houdan 2018). Ein Ergebnis von über 40 % wäre bereits ein großer Erfolg gewesen. Nun haben 43,6 % mit „Ja“ gestimmt, was zeigt, dass es der Unabhängigkeitsbewegung gelungen ist, auch andere Bevölkerungsgruppen, die weder Kanak sind noch sich für die Unabhängigkeit engagieren, zu überzeugen. Des Weiteren erstaunt die hohe Wahlbeteiligung von 80,63 %. Bei Präsidentschafts-, aber auch Provinzialwahlen war insbesondere die Beteiligung der Kanak in früheren Zeiten eher schwach. Doch für das Referendum am 4. November gelang es der Unabhängigkeitsbewegung, ihre Wähler zu mobilisieren, darunter auch viele jüngere Kanak. Nur die Arbeiterpartei des Unabhängigkeitsbefürworters Louis-Kotra Uregei hatte zum Boykott des Referendums aufgerufen.

In Gemeinden, die traditionell eher konservativ eingestellt sind, konnten die Unabhängigkeitsbefürworter teilweise große Stimmenzuwächse verzeichnen. Zum Beispiel Bourail, eine Hochburg der Unabhängigkeitsgegner während des Bürgerkrieges 1984-88, an der Westküste der Hauptinsel „Grande Terre“ gelegen: Die Gemeinde wehrte sich lange gegen das Hissen der Kanak-Flagge auf ihrem Rathaus. [Im Jahr 2010 wurde die Kanak-Flagge neben der französischen Tricolore, der zweiten offiziellen Flagge Neukaledoniens gehisst – der damalige frz. Premierminister François Fillon reiste eigens in den Südpazifik, um die zwei Flaggen zu hissen]. In Bourail stimmten 30,9 % der Wähler für die Unabhängigkeit, bei einer Wahlbeteiligung von 88,6 % – ein großer Erfolg für die Unabhängigkeitsbewegung.

Neukaledonien steht seit 1986 wieder auf der UN-Liste der sogenannten „Non-Self-Governing Territories“, der laut den Vereinten Nationen zu entkolonialisierenden Territorien. Das Referen-

dum wurde von Kommentatoren als Teil des für Frankreich einmaligen Prozesses der Entkolonialisierung bezeichnet. Die Politikwissenschaftlerin Angélique Stastny schrieb in einem Artikel für die französische Zeitung „Le Monde“, dass das Referendum jedoch das Recht der indigenen Kanak auf Selbstbestimmung, das sich auf die „UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples“ von 2007 stützt, missachte. Schätzungen gehen davon aus, dass nur 43 % (laut dem Geographen Pierre-Christophe Pantz) bis 63 % (laut FLNKS) der Wahlberechtigten Kanak sind.

Das Ergebnis der Abstimmung zeigt, dass die Argumente der Unabhängigkeitsgegner kaum verfangen haben. Diese verwiesen unter anderem auf die gut ausgebaute Infrastruktur und die Erfolge bei der Ausbildung von Kanak zu Führungskräften in Politik und Wirtschaft. Außerdem schürten sie Ängste: „Wir werden so wie Vanuatu enden ...“ [Das BIP/Kopf nach Kaufkraft ist in Neukaledonien 11 Mal so hoch wie in Vanuatu] (Dumay 2008). Die Wähler, welche mit „Ja“ gestimmt haben, scheinen eher der Parole „Wir wollen zusammenleben und wir sind bereit, die Zukunft unseres Landes zu gestalten“ gefolgt zu sein (Leblic 2018).

Die Frage der politischen Unabhängigkeit folgt nicht nur einer wirtschaftlichen Argumentation, sondern ist für viele Kanak eine Herzensangelegenheit. Und ein Teil der Neukaledonier könnte zudem aus Solidarität mit den Kanak für die Unabhängigkeit abgestimmt und ein Zeichen gegen den rückwärtsgerichteten Diskurs der politischen Klasse gesetzt haben.

Der Kampf um die Unabhängigkeit ist in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend ein sozialer Konflikt geworden. Neukaledonien ist von extremen Ungleichheiten geprägt, sowohl in sozioökonomischer, wie auch in kultureller, räumlicher und ethnischer Hinsicht (Kowasch 2018).

Knapp 67 % der insgesamt 268.767 Einwohner (Zensus 2014; ISEE 2016) leben im Großraum Nouméa, der die Gemeinden Nouméa, Mont-Dore, Dumbéa und Païta umfasst. Die 10 % Reichsten verdienen 7,9 Mal mehr als die 10 % Ärmsten (in Dumay 2018, S. 15), womit der Unterschied doppelt so hoch ist wie im Mutterland Frankreich. Lebensmittel sind in Neukaledonien im Durchschnitt 73 % teurer, wohingegen das Mindesteinkommen um 20 % geringer als in Frankreich ausfällt (ibid 2018).

Der Analphabetismus stellt ein Problem dar, welches insbesondere die Kanak betrifft: 33 % der Gesamtbevölkerung Neukaledoniens hat Schwierigkeiten beim Lesen (Observatoire de la réussite scolaire de Nouvelle-Calédonie; in Dumay 2018, S. 15). An der Universität sind drei Kanak unter mehr als 100 Lehrenden, ebenso an den Gerichten der Hauptstadt Nouméa. Das Gefängnis auf der Halbinsel Nouville in Nouméa ist überfüllt, über 95 % sind Kanak, darunter viele Jugendliche und junge Erwachsene (Dumay 2018). Der Einzelhandel wird seit Jahrzehnten von einigen wenigen Familien, die während der Kolonialzeit eingewandert sind, kontrolliert. Roch Apikaoua, katholischer Pfarrer und Generalvikar der Diözese Nouméa, sagte in einem Interview: „Es ist das kapitalistische System, welches das Kolonialsystem verlängert“ (in Dumay, 2018, S. 15). Auf der anderen Seite profitieren auch einige Kanak von den Annehmlichkeiten des französischen Beamtentums in Neukaledonien. Pascal Hébert, ehemaliger Generalsekretär der „Fédération des œuvres laïques“, nennt diese „rentiers de la lutte“ (Profiteure des Kampfes) (ibid 2018, S. 14).

Die Unabhängigkeitsgegner hatten am Wahlabend schlechte Laune. Die beiden konservativen Politiker Gil Brial vom „Mouvement populaire calédonien“ und Philippe Michel von „Calédonie ensemble“ beispielsweise argumentierten, dass ein zweites oder

drittes Referendum, welches der Unabhängigkeitsbewegung zu- steht, unnötig wäre. Doch die Argumentation kann sich schnell als falsch erweisen, wenn die Nichtwähler an die Urnen geholt und eine neue Generation die Volljährigkeit und damit die Wahlberechtigung erlangt. Auf den Loyauté-Inseln, wo 94 % der Einwohner Kanak sind, haben die Unabhängigkeitsbefürworter zudem noch das Potenzial, ein besseres Resultat zu erzielen. Folglich ist die Hoffnung auf einen unabhängigen Staat „Kanaky – Neukaledonien“ größer denn je. 2020 und eventuell 2022 könnten weitere Abstimmungen über die politische Unabhängigkeit des Landes folgen.

(Artikel von Dr. Matthias Kowasch, Vorstand Pazifik-Netzwerk, Pädagogische Hochschule Steiermark.

(Quellen: Bensa, A. (2018). *Référendum en Nouvelle-Calédonie* : « Les Kanak veulent mettre fin au sentiment d'humiliation », *Le Monde*, 02.11.18.

Dumay, J.-M. (2018). *Référendum à contretemps en Nouvelle-Calédonie*. *Le Monde diplomatique*, Ausgabe November 2018, S. 14-15.

Houdan, O. (2018). *Retour sur le référendum de Nouvelle-Calédonie: la défaite victorieuse des indépendantistes*. *Opinion Internationale*, 08.11.18. Online:

[https://www.opinion-internationale.com/2018/11/08/retour-sur-le-referendum-de-nouvelle-caledonie-la-defaite-victorieuse-des-independentistes\\_56105.html?fbclid=IwAR3o3pwXV\\_rSF4C\\_Bzrd7IOM\\_EkebFJ3h5R.JlkhVluVLzJ7QBG-bGS9KU](https://www.opinion-internationale.com/2018/11/08/retour-sur-le-referendum-de-nouvelle-caledonie-la-defaite-victorieuse-des-independentistes_56105.html?fbclid=IwAR3o3pwXV_rSF4C_Bzrd7IOM_EkebFJ3h5R.JlkhVluVLzJ7QBG-bGS9KU).

ISEE (2016). *Tableau de l'économie calédonienne*. Artygo, Nouméa. Online: <http://www.isee.nc/publications/tableau-de-l-economie-caledonienne-tec>

Leblic, I. (2018). *Vote indépendantiste en progression et excellent résultat au référendum*. *Mediapart*, 04.11.18. *Aisdpk* (Association Information et Soutien aux Droits du Peuple Kanak – défend la liberté de ce peuple colonisé à s'autodéterminer). Online: <https://blogs.mediapart.fr/aisdpk-kanaky/blog/041118/vote-independentiste-en-progression-et-excellent-resultat-au-referendum>.

Kowasch, M. (2018). *Nickel mining in northern New Caledonia - a path to sustainable development?* *Journal of Geochemical Exploration* 194:280-290.

Stastny, A. (2018). «Le référendum pour l'indépendance de la Nouvelle-Calédonie ne consiste pas en un processus de décolonisation», *Le Monde*, 01.11.18)

## MIKRONESIEN

### Erste Gouverneurin im Pazifik

**Guam:** Lourdes Aflague („Lou“) Leon Guerrero ist die erste Pazifik-Insulanerin im Amt einer Gouverneurin eines US-amerikanischen Außengebietes in Mikronesien. Sie ging aus den Wahlen 2018 als Gewinnerin hervor und wird im Januar 2019 das Amt als Gouverneurin von Guam antreten.

Die am 8. November 1950 geborene Guerrero ist eine indigene Chamorro. Die gelernte Krankenschwester ist heute eine erfolgreiche Unternehmerin und Politikerin. Sie ist Vorsitzende des Verwaltungsrats, Chief Executive Officer und Präsidentin der *Bank of Guam* und der *BankGuam Holding Company*.

Guerrero studierte nach ihrer Krankenschwesternausbildung in den USA „Public Health“ und machte darin ihren Master. Einige Jahre arbeitete sie in ihrem Beruf am Santa Monica Krankenhaus in Kalifornien, bevor sie 1980 nach Guam zurückkehrte und über mehrere Wahlperioden in das Territorialparlament von Guam gewählt wurde. 2009 machte sie einen zusätzlichen Abschluss im Bankwesen an der *Pacific Coast Banking School* (University of Washington) und folgte ihrem Vater und ihrem Bruder in diverse Ämter bei der *Bank of Guam*, die Guerreros Vater gegründet hatte. Die 67-jährige ist mit dem Rechtsanwalt Jeff Cook verheiratet, das Paar hat zwei Kinder. (*Marshall Islands Journal* 23.11.18, *Wikipedia*)

### Höchste Auszeichnung für Soldaten

**Guam:** Erstmals seit 20 Jahren ist die höchste militärische Auszeichnung, das *Guam Cross of Valor*, an einen Soldaten verlie-

hen worden. Sergeant Jerome Carriaga erhielt den Orden aus den Händen von Brigadegeneral Roderick Leon Guerrero am 3. Dezember in einer feierlichen Zeremonie im Beisein seiner Ehefrau, seiner Mutter sowie Kameraden aus seinem Regiment.

Carriaga, Mitglied im *94th Civil Support Team* der *Guam National Guard*, hatte am 21. Februar des Jahres bei einem schweren Verkehrsunfall angehalten. Mit seinem Privat-PKW hatte er die Straße Route 8 abgeriegelt und so lange bei einem Schwerverletzten Erste Hilfe geleistet, bis die Rettungskräfte vor Ort waren. Indem er sein Auto als Schutzschild auf die stark befahrene Straße stellte und so den Verkehr um die Umfallstelle umleitete, habe Carriaga sein eigenes Leben riskiert, erklärte Brigadegeneral Guerrero. Wie extrem selten diese höchste militärische Auszeichnung vergeben werde, zeige die Tatsache, dass der Orden erstmals seit 20 Jahren verliehen wurde, erläuterte der General weiter. (*Pacific Daily News* 03.12.18, *Guam Daily Post* 04.12.18)

### Unterstützung für College

**Guam:** Die *Bank of Guam* hat dem *Palau Community College* (PCC) eine Spende in Höhe von 5.000 US-Dollar überreicht. Der für die Bankgeschäfte auf Palau zuständige Manager David Sablan von der *Bank of Guam* übergab den Scheck an Dr. Patrick Tellei, den Präsidenten des Colleges.

Tellei bedankte sich für die Spende und erklärte, die *Bank of Guam* fördere schon lange die Weiterbildungsangebote des PCC.

Das College ist die einzige akkreditierte Hochschule in Palau und qualifiziert Studierende in zwei Jahren in verschiedenen handwerklichen und akademischen Berufen. (<http://pcc.palau.edu/>, *Marshall Islands Journal* 23.11.18)

### Präsidententreffen

**Palau:** Am 12. November hat sich der palauische Präsident Tommy E. Remengesau Jr. in Taipeh mit der Präsidentin der Republik China (= Taiwan), Tsai Ing-wen, zu bilateralen Gesprächen getroffen. Ziel des Treffens war die Ausweitung der bereits seit zwei Jahren bestehenden Zusammenarbeit zwischen Palau und Taiwan. Bisher unterstützen sich beide Länder bei der landwirtschaftlichen Entwicklung. Außerdem gibt es einen Austausch von medizinischem Personal und länderübergreifende Fortbildungen im Gesundheitswesen.

Tsai erklärte, man wolle gerne die Zusammenarbeit auf den Umweltschutzsektor und die Bewahrung der marinen Biodiversität ausdehnen. Palau sei ein Paradebeispiel für gelungenen Ökotourismus. Sie werde zukünftig das Flugangebot zwischen den Ländern verstärken und so den Fremdenverkehr von Taiwan nach Palau vergrößern. Man müsse sich auf die gemeinsamen austronesischen Wurzeln besinnen, erklärte Tsai ihren Wunsch nach Stärkung der Beziehungen zu der mikronesischen Inselrepublik.

Präsident Remengesau lobte die freundschaftlichen Beziehungen zu Taiwan. Er fände die Entwicklung Taiwans von einem Agrarstaat zu einer modernen Technologienation inspirierend und vorbildhaft für Palau, sagte er. Die finanzielle Unterstützung Taiwans in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Gesundheit sei hochwillkommen.

**Info:** Tsai Ing-wen ist seit Mai 2016 Präsidentin der Republik China. Von 2008 bis 2012 sowie von Mai 2016 bis November 2018 war sie die Vorsitzende der Demokratischen Fortschrittspartei von Taiwan.

Nach der Ausrufung der Volksrepublik China 1949 vertrat die Regierung der Republik China auf der Insel Taiwan China zunächst bei den Vereinten Nationen und

war ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats. Als Folge der Ein-China-Politik der Volksrepublik brachen aber immer mehr Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zur Republik China ab, die 1971 auch ihre UN-Mitgliedschaft an die Volksrepublik abgeben musste. Nur eine Minderheit der internationalen Staatengemeinschaft unterhält heute formale diplomatische Beziehungen mit der Regierung in Taipeh. Dazu gehören folgende Pazifikstaaten: Palau, Tuvalu, die Salomonen, die Marshall-Inseln, Nauru und Kiribati. (*Taiwan Today* 13.11.18, *Wikipedia*)

### Visa Waiver Abkommen

**Palau:** Zum 1. Dezember trat das Abkommen über die visumsfreie Einreise (sog. *Visa Waiver Abkommen*) zwischen Palau und Taiwan in Kraft. Damit können sich Staatsbürger beider Staaten ab sofort 90 Tage lang visumsfrei im jeweils anderen Land aufhalten. Voraussetzung für die Einreise ist ein Pass mit einer Gültigkeitsdauer von mindestens sechs Monaten.

Ähnliche Abkommen zur visumsfreien Einreise unterhält Taiwan auch mit Nauru, Tuvalu und den Marshall-Inseln. (*Focus Taiwan TW* 30.11.18)

## MARSHALL-INSELN

### Misstrauensvotum gescheitert

Präsidentin Dr. Hilda Heine bleibt im Amt. Das Mitte November von der Opposition im Parlament (*Nitijela*) beantragte Misstrauensvotum gegen die beim Volk äußerst beliebte Politikerin ist knapp gescheitert. Die Antragsteller hätten 17 Stimmen benötigt, um das Votum durchzubringen. Nach hitzigen Diskussionen vor einer überfüllten Zuschauertribüne endete die Abstimmung mit 16 zu 16 Stimmen. 32 Parlamentarier hatten abgestimmt, einer konnte aus

Krankheitsgründen nicht an der Sitzung teilnehmen.

Acht Oppositionspolitiker hatten das Misstrauensvotum eingebracht, weil sie der Regierung Mangel an Transparenz und Korruption vorwarfen. Außerdem erklärten sie, das Ansehen der Marshall-Inseln in der Weltöffentlichkeit hätte unter Heines Präsidentschaft gelitten. Dem widersprachen andere Senatoren. Ganz im Gegenteil sei die Klimapolitik der Republik zu einem Aushängeschild mutiert und Hilda Heine genieße in der politischen Weltöffentlichkeit großes Ansehen. Dies könne man schon daran sehen, dass viele Geldgeber ihre Kredite und Zuschüsse erhöht hätten und Heine in diverse hochrangig besetzte internationale Arbeitsgruppen berufen worden sei.

Grund für das Misstrauensvotum war ebenfalls die Weigerung Hilda Heines, dem chinesischen Geschäftsmann Cary Yan (und eingebürgerten Marshalllesen) die Einrichtung eines „Steuerhafens“ auf dem Atoll Rongelap zu genehmigen. Yan hatte angekündigt, er wolle eine steuerfreie Zone, die *Rongelap Atoll Special Administrative Region*, auf dem Atoll gründen. Diese selbst verwaltete Region sollte sich nach Yans Vorstellungen zu einem attraktiven, da steuerfreien, Firmensitz für die Informationstechnologiebranche entwickeln. Dies wollte Heine verhindern aus Sorge, die Marshall-Inseln könnten sich zu einem Umschlagplatz illegaler Geldwäscher entwickeln sowie zu einem „Pass-gegen-Geld“-Treffpunkt für internationale Investoren. Die 67-jährige Heine äußerte auch die Sorge, die geplante steuerfreie Zone könne sich zu einem Einfallstor für chinesische Investoren erweisen.

Heine befürwortet, im Gegensatz zur Opposition, die Einführung einer zweiten digitalen Währung, die gleichberechtigt neben dem US-Dollar gelten soll, die sogenannte „Sovereign“. Noch steht die Genehmigung dieser Kryp-

twährung aus. (*News BTC 12.11.81, Geo TV 12.11.18, Marshall Islands Journal 12.11., 16.11.18*)

## Erster virtueller Klima-Gipfel

Ende November fand der erste virtuelle Klima-Gipfel statt. Er wurde vom *Climate Vulnerable Forum* (CVF) unter Vorsitz der Marshall-Inseln organisiert. Die eintägige Veranstaltung wurde aus dem Büro der Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilda Heine, heraus moderiert. Über Großbildschirme im Konferenzzentrum von Majuro konnte auch die Öffentlichkeit die Vorträge, Diskussionen und Verabredungen im „virtuellen Klassenzimmer“ mitverfolgen. Die Zuschauer konnten sich auch via Twitter an dem Gipfel beteiligen.

Damit alle interessierten Pazifikstaaten an dem virtuellen Treffen teilnehmen konnten, fand der Gipfel ganztags ab 8 Uhr morgens statt. Je nach Zeitzone konnten die Besucher des virtuellen Klassenzimmers dann mitverfolgen und mitdiskutieren entlang einer vorgegebenen Agenda.

Zu dem Online-Forum hatten sich Vertreter von elf Pazifikstaaten und zehn Nichtregierungsorganisationen angemeldet. Es gab nicht nur die Möglichkeit, live im Netz zu diskutieren, sondern man konnte bereits im Vorfeld Redebeiträge auf einer Internetseite einstellen. So gab es u.a. kurze Erklärungen von dem UN-Generalsekretär Antonio Guterres, von der Präsidentin der UN-Vollversammlung, Maria Fernanda Espinosa sowie von Michal Kurtyka, dem Präsidenten der COP24 (Weltklimakonferenz) in Polen.

*Info:* Der virtuelle Klima-Gipfel diente der Vorbereitung der 24. UN-Klimakonferenz vom 2. bis zum 14. Dezember 2018 in Katowitz (Polen). Die Vertreter der pazifischen Inselstaaten nutzten das virtuelle Forum, um ihre Forderung nach der Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad

Celsius zu überbringen.

Während des virtuellen Gipfels trafen sich in der Stadt Laura westlich von Majuro Tänzer aus Utrik, Sänger und Schulkinder. Gemeinsam produzierten sie einen Videoclip zum Thema „Survive Thrive 1.5°C“.

Den Clip kann man hier anschauen: [www.facebook.com/jojikum/](http://www.facebook.com/jojikum/) (*Marshall Islands Journal 23.11.18*)

## Klausurtagung des Justizministeriums

Erstmals fand in Majuro vom 2. bis zum 3. November eine zweitägige Klausur aller zum Justizministerium gehörenden Einrichtungen und Behörden statt.

Jack Ading, der Minister für Justiz, Einwanderung und Arbeit, hatte zu der Klausur eingeladen, nachdem er festgestellt hatte, dass sich die Angestellten in den einzelnen dem Ministerium zugeordneten Behörden weder kennen, noch wussten, in welchen Abteilungen sie welcher Tätigkeit nachgingen.

Bei der Klausur diskutierten nun die Mitarbeitenden aus dem Büro des Staatsanwaltes, aus den Behörden der Polizei und Sicherheitskräfte sowie Angestellte aus den Grundbuchamt, der Einwanderungsbehörde und weiteren Ämtern über ihre jeweiligen Aufgaben. Gemeinsam entwickelten die Justizmitarbeitenden eine neue übergeordnete Ämterstruktur sowie Ziele und Visionen für das Justizministerium. (*Marshall Islands Journal 16.11.18*)

## † Senator Tomaki Juda

Im Oktober verstarb im Alter von 76 Jahren Tomaki Juda, geboren am 8. Januar 1942. Er saß über fünf Jahrzehnte für das Atoll Bikini im Parlament (*Nitijela*) der Marshall-Inseln und agierte quasi als „Bürgermeister“ (Major) für Bikini. Außerdem war er Vize-Parlamentssprecher.

Dem offiziellen Staatsbegräbnis in Majuro folgte eine Trauerfeier in Judas zweiter Heimat, dem Kili

Atoll. Dazu kamen hunderte Trauergäste per Fähre auf das Atoll. Die Regierung der Marshall-Inseln hatte zudem fünf Flugzeuge der *Air Marshall Islands* gechartert, die prominente Gäste wie die marshallische Präsidentin Dr. Hilda Heine sowie die Botschafter von Taiwan und Japan einflogen.

Judas Vater war der hochrangigste Chef (irooj) des Bikini-Atolls zur Zeit der amerikanischen Atombombentests. Deshalb hatte sich Tomaki Juda zeit seines Lebens für die Aufarbeitung der nuklearen Vergangenheit der Marshall-Inseln eingesetzt und in dieser Funktion auch weltweit großes Ansehen genossen. Gemeinsam mit seiner Familie war Juda während der US-amerikanischen Atomtests auf Bikini auf das Atoll Rongerik umgesiedelt worden, wo er zwei Jahre lang lebte. Später siedelte die Familie nach Kwajalein um und fand dann ihre endgültige zweite Heimat auf dem Kili Atoll.

*Info:* Die Kili-Insel (Küle) ist ein 0,93 km<sup>2</sup> großes gehobenes Atoll in der Ralik-Kette. Auf der Insel leben 548 Menschen (Stand: 2011). Die Inselbevölkerung hat nur wenig Kontakt zur Außenwelt, da die Schiffsverbindung für vier Monate im Jahr wegen der rauen See unterbrochen ist. In dieser Zeit wird die Insel nur im Notfall per Hubschrauber angefliegen.

Am 2. November 1948 wurde die Bevölkerung des Bikini-Atolls auf Grund von dortigen Kernwaffentests des amerikanischen Militärs auf die Kili-Insel umgesiedelt.

(*Marshall Islands Journal* 18.10.18, *Wikipedia*, <http://mistories.org/nuclear-Juda-text.php>)

## KIRIBATI

### Unterstützung durch ADB

Die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) unterstützt Kiribati im neuen Jahr mit 2,5 Millionen US-Dollar. Mit den Geldern soll die Regierung bei der Steuerung der

Konjunktur (*economic management*) unterstützt werden. Das 2012 begonnene und auf mehrere Jahre angelegte Projekt zur Unterstützung der Regierungsführung und der wirtschaftlichen Stabilität wird auch von Neuseeland, Australien und der Weltbank gefördert. (Radio NZ Intern. 01.12.18, <https://www.adb.org/countries/kiribati/strategy>)

### Neue Mitglieder bei Interpol

Kiribati und Vanuatu wurden bei der 87. Generalversammlung der *Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation* (Interpol) in Dubai mit einer Zweidrittelmehrheit als neue Mitglieder aufgenommen.

Nun müssen beide Staaten ein Nationales Zentralbüro (*National Central Bureau*, NCB) einrichten. Dieses dient der Koordination zwischen der Interpol und den einzelnen Staaten. Zu diesem Zweck muss das Büro Verbindungen zu den Behörden des Landes, zu anderen nationalen Büros und zum Generalsekretariat bereitstellen.

*Info:* Interpol ist die größte Polizeiorganisation der Welt und juristisch ein Verein zur Stärkung der Zusammenarbeit nationaler Polizeibehörden. Er wurde 1923 in Wien gegründet und hat heute seinen Sitz in Lyon. Die Aufgabe von Interpol ist die umfassende Unterstützung aller kriminalpolizeilichen Behörden und anderer Einrichtungen, die zur Verhütung oder Bekämpfung von Verbrechen beitragen können, unter der Berücksichtigung nationaler Gesetze und der Menschenrechte.

Derzeit gehören 194 Länder Interpol an. Der Leitsatz der Organisation lautet „*Connecting Police for a safer world*“. Auf seiner Internetseite veröffentlicht Interpol frei zugänglich die Namen, Daten und Fotos polizeilich gesuchter und vermisster Personen in allen Mitgliedsländern.

(<https://www.interpol.int/News-and-media/News/2018/N2018-138>, *Wikipedia*)

## POLYNESIEN

### Tidenkalender veröffentlicht

**Tuvalu:** Enele Sopoaga, der Premierminister von Tuvalu, hat Mitte November den Tidenkalender für das Jahr 2019 vorgestellt. Der *Vaitupu Annual Tide Predictions Calendar* wurde im Rahmen des Forums „National Climate Outlook“ der Öffentlichkeit präsentiert. Seit drei Jahren wird der Tidenkalender bereits für das Hauptatoll Funafuti vorgelegt, nun erstmals auch für das benachbarte Atoll Vaitupu.

Der Kalender enthält neben den Zeitangaben für Ebbe und Flut auch einen Mondkalender, eine See- und Landkarte, Angaben über den Höchststand der Flut, Voraussagen über das Eintreffen sogenannter „Monsterwellen“ sowie Informationen zu traditionellen Fischfang- und Navigationstechniken auf den polynesischen Atollen. Er erscheint in einer Erstauflage von 1.800 Stück und soll vom nationalen Meteorologischen Service in die 23 Gemeinden der Atolle verteilt werden.

Premier Sopoaga betonte die Wichtigkeit des Kalenders für die lokalen Fischer. Sie könnten sich nun bei ihren Fischzügen an den Tiden orientieren. Die genaue Tidenangabe sei auch nötig für das Versorgungsschiff, das Tuvalu regelmäßig anläuft und dringend benötigte Waren anliefert.

Herausgegeben wird der Kalender von der *Pacific Community* (SPC) in Zusammenarbeit mit dem australischen *Bureau of Meteorology*. Die benötigten Gelder stellt das australische *Climate and Ocean Support Program in the Pacific* zur Verfügung.

*Info:* Tuvalu besteht aus sechs Atollen und drei Inseln im Südwesten des Pazifischen Ozeans. Hier leben knapp 11.000 Einwohner.

ner. Wichtigste Wirtschaftszweige sind Fischfang, Tourismus und der Export von Kopra und Kokosnüssen. Dem Export stehen Importe (Treibstoff, Nahrungsmittel und Maschinen) in Höhe von 20 Millionen US-Dollar gegenüber. (Pressemittlung Pacific Community 13.11.18, Wikipedia)

## † Apisai Ielemia

**Tuvalu:** Am 19. November starb in Funafuti Apisai Ielemia, er war von 2006 bis 2010 Premierminister von Tuvalu. Bei den Parlamentswahlen vom 3. August 2006 erlitt der damalige Regierungschef Maatia Toafa eine Niederlage. Daraufhin wählte das Parlament den Oppositionspolitiker Apisai Ielemia (Jahrgang 1955) zu Toafas Nachfolger. Ielemia war der 10. Regierungschef Tuvalus und hatte zugleich das Amt des Außenministers im 15-köpfigen Parlament von Tuvalu inne. 2016 musste er seine politische Karriere ganz beenden, nachdem er wegen Korruption angeklagt und verurteilt worden war.

Ielemia wurde auf seiner Heimatinsel Vaitupu beerdigt. (Radio NZ Intern. 22.11.18, Wikipedia)

## Millionär ersteigert und verschenkt Statue

**Hawai'i:** Der Firmenchef von *Salesforce*, Marc Benioff, hat eine hölzerne Statue des hawaiianischen Kriegsgottes *Ku* beim Auktionshaus Christies für sieben Millionen US-Dollar ersteigert und die Statue anschließend dem *Bishop Museum* in Honolulu (Hawai'i) geschenkt.

Benioff und seine Frau Lynne sind Liebhaber hawaiianischer traditioneller Gegenstände und große Unterstützer der hawaiianischen Lebensart. „Ohana“ (Hawaiianisch für Familie und Familienverbundenheit) ist ein Herzstück der Unternehmenskultur bei *Salesforce*. Der Millionär besitzt ein 20 Quadratkilometer großes Grundstück auf Hawai'i. Immer

wieder lädt er hawaiianische Sänger, Künstler und Musiker auf eigene Kosten nach San Francisco ein, damit diese bei Konferenzen und anderen Firmen-Events auftreten können.

Die hölzerne Figur des Gottes *Ku* hat Benioff nach eigenen Angaben aus „spirituellen Gründen“ an das ethnologische Museum in Honolulu gespendet. Er habe das Gefühl, dass die Figur nach Hawai'i gehöre, um dort zum Wohle der Menschen zu wirken und die jüngere Generation für die traditionelle Kultur zu interessieren.

Die 50 cm große Figur wurde irgendwann zwischen 1780 und 1819 geschnitzt. Seit den 1940er Jahren war sie in Paris im Besitz eines privaten Sammlers.

*Info:* Der US-amerikanische Unternehmer Marc Russell Benioff (geb. 25.09.1964 in San Francisco) gründete im März 1999 die Firma *salesforce.com* und ist damit ein Pionier des Cloud-Computing. Das *Forbes Magazine* schätzt sein Vermögen auf rund 6,7 Mrd. USD. 2018 wurde Benioff in die *American Academy of Arts and Sciences* gewählt. Im September 2018 kaufte er aus seinem Privatvermögen das weltweit bekannte US-Wochenmagazin „*Time*“ für 190 Millionen USD.

Die Firma *Salesforce* ist ein internationaler Anbieter von Cloud-Computing-Lösungen für Unternehmen. Das Unternehmen mit Hauptsitz in San Francisco stellt Geschäftsanwendungen für Unternehmen über das Internet zur Verfügung. (*Business Insider Deutschland* 24.05.18, [www.salesforce.com](http://www.salesforce.com))

## Debatte um Rückgabe eines Moai

**Rapa Nui:** Auf der Osterinsel ist eine heftige Debatte entbrannt um die potentielle Rückgabe eines Moais aus dem *British Museum* in London. Im November war eine Delegation hochrangiger Würdenträger der Osterinsel, u.a.

der Präsident des Rates der Ältesten (Carlos Edmunds Paoa), nach London gereist, um dort die Rückgabe des 2,42m hohen Moai *Hoa Hakananai'a* („lost or stolen friend“) zu fordern. Dieser Basalt-Moai steht im Eingangsbereich zur Ozeanien-Abteilung des britischen Museums und ist ein Besuchermagnet. Er entstand irgendwann zwischen 1000 und 1200 nach Christus. Der Moai kam 1868 durch Richard Powell nach London. Powell war Kapitän des Schiffes „*HMS Topaze*“ und brachte den Moai als Geschenk für die britische Königin Victoria mit, die ihn später an das Britische Museum übergab.

Der Bürgermeister der Osterinsel, Pedro Edmunds Paoa (leiblicher Bruder von Carlos Edmunds), widersprach dem Ansinnen des Ältestenrates nach Rückgabe des Moai. Seiner Meinung nach sei die Statue im Museum viel besser aufgehoben. Hier könne sie jährlich von den sechs Millionen Besuchern bestaunt werden. Auf der Osterinsel sei sie den Elementen ungeschützt ausgesetzt. Außerdem habe die Vergangenheit gezeigt, dass man die Statuen auf der Insel nicht gut genug schützen könne. Als Argentinien vor fünf Jahren einen Moai zurückgab, wurde dieser zwar aufgestellt und überdacht, inzwischen sei der Moai aber zu einer beliebten Pinkelstelle für freilaufende Hunde mutiert.

Der Bürgermeister regte an, dass Britische Museum solle statt einer Rückgabe lieber erwägen, Geld in die Restaurierung und den Schutz der 887 auf der Insel verbliebenen Moais zu investieren.

*Info:* Moai werden die kolossalen Steinstatuen der Osterinsel genannt. Die Steinstatuen stehen mit dem Rücken zum Meer nicht isoliert, sondern sind Teil von größeren Zeremonialanlagen. Nach Meinung vieler Einheimischer wohnt den Moai eine Art Seele inne („*Mana*“). Einige wenige kleinere Exemplare wurden von der Osterinsel fortgebracht und in anderen Ländern in Museen oder Parks aufgestellt.

Bei dem Großteil der außerhalb der Inseln oder im Ausland ausgestellten Figuren handelt es sich indes um Repliken. (*Telegraph News* 08.08.18, *Radio NZ Intern.* 08.08.18, *Wikipedia*, *The Guardian* 20.11.18, [https://www.britishmuseum.org/research/collection\\_online/collection\\_object\\_details.aspx?objectId=512302&partId=1](https://www.britishmuseum.org/research/collection_online/collection_object_details.aspx?objectId=512302&partId=1))

## AOTEAROA (NEUSEELAND)

### Verbot von Einweg-Plastiktüten

Zum Schutz der Weltmeere will Neuseeland künftig auf die Verwendung von Einweg-Plastiktüten verzichten. Das Verbot soll nach einer sechsmonatigen Testphase im kommenden Jahr in Kraft treten.

Premierministerin Jacinda Ardern verwies in der neuseeländischen Hauptstadt Wellington auf erfolgreiche Beispiele aus zahlreichen anderen Ländern. Die Details der Neuregelung sollen nun mit Supermärkten, Handelsverbänden und Verbrauchern ausgehandelt werden, wie die Umweltministerin Eugenie Sage erklärte.

Ardern sagte, sie komme mit dem Verbot dem Wunsch der Bevölkerung nach. Über 65.000 Menschen hatten eine Petition zum Plastiktütenverbot unterschrieben. Außerdem habe sie sehr viele Briefe von Schulkindern erhalten, in denen diese zum Schutz der Umwelt um das Verbot gebeten hätten.

Eine sechsmonatige „Schonfrist“ gebe allen Menschen die Möglichkeit, sich an das Einwegplastiktütenverbot zu gewöhnen und ihre Einkaufsgewohnheiten entsprechend mit der Anschaffung wiederverwertbarer Einkaufstaschen zu ändern, erklärte die Umweltministerin. Nach Ablauf der sechs Monate kann die Ausgabe und Benutzung von Einwegplastiktüten mit bis zu 100.00 NZ-Dollar bestraft werden.

Trotz seines Images als „grünes Land“ gehört der Pazifikstaat zu

den Ländern mit einem hohen Verbrauch an Plastiktüten. Im Durchschnitt verbraucht jeder Neuseeländer mehr als 150 Einweg-Tüten pro Jahr. Auf die gesamte Nation gerechnet fallen insgesamt pro Jahr mehr als 750 Millionen Tüten an. Viele davon landen in Flüssen und im Meer.

(<https://www.beehive.govt.nz/release/single-use-plastic-bags-be-phased-out>)

### Rentenansprüche auch auf den Inseln

Das neuseeländische Parlament hat Anfang November das sogenannte *Social Assistance Bill* verabschiedet. Das neue Gesetz regelt die Rentenansprüche für die Bewohner der mit Neuseeland assoziierten Inseln Niue und Tokelau und dem unabhängigen, jedoch ebenfalls politisch mit Neuseeland verbundenen, Staat Cook-Inseln. Bisher mussten die Einwohner dieser Inseln nach Erreichen des 50. Lebensjahres weitere fünf Jahre ununterbrochen in Neuseeland leben, um auch nach ihrer Rückkehr auf die Heimatinseln Ansprüche auf eine neuseeländische Rente zu haben. Ab sofort entfällt diese Regel. Nun dürfen diejenigen, die nach ihrem 20. Lebensjahr zehn und mehr Jahre in Neuseeland gelebt haben (und hier steuerpflichtig waren), nach Belieben auf ihre Heimatinseln zurückkehren und dort die neuseeländische Rente kassieren, ohne zuvor nach Vollendung des 50. Lebensjahres erneut weitere fünf Jahre auf Neuseeland gelebt zu haben.

Carmel Sepuloni, Ministerin für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit, erklärte, das neue Gesetz habe große Vorteile für die Pensionäre. Viele dieser ehemaligen Arbeitsmigranten wollten ihren Lebensabend gerne auf ihren Heimatinseln verbringen und mit der neuen Regelung würden sie ab sofort nun auch dort in den Genuss der Rentenansprüche kommen, sagte Ministerin Sepuloni. (*Pacific Radio News* 08.11.18)

## INDONESIEN WESTPAPUA

### Moratorium für Palmölplantagen

**Indonesien:** Ein dreijähriges Moratorium für die Entwicklung neuer Palmölplantagen hat Indonesien verhängt. Gemäß dem von Präsident Joko Widodo unterzeichneten Erlass sollen in den kommenden drei Jahren keine weiteren Flächen für Palmölplantagen urbar gemacht werden, wie ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums im September erklärte.

Ziel sei es, zur Senkung der Treibhausgasemissionen beizutragen, für eine bessere Umweltverträglichkeit des Anbaus zu sorgen, die Produktivität kleiner Produzenten zu steigern und für Rechtssicherheit zu sorgen, erklärte der Ministeriumsvertreter.

*Info:* Palmöl wird in zahllosen Produkten, von Keksen über Shampoo und Make-Up bis zur Schokocreme, eingesetzt. Wegen einer stark gestiegenen Nachfrage auf dem Weltmarkt breiteten sich die Palmölplantagen auf der indonesischen Insel Sumatra sowie den indonesischen Teilen von Borneo und Neuguinea in den vergangenen Jahren enorm aus. Ganze Urwälder wurden dafür gerodet und der Lebensraum vieler bedrohter Tierarten zerstört. Illegale Brandrodungen lösen zudem alljährlich riesige Waldbrände aus, deren Rauchwolken in weiten Teilen Südostasiens für Smog sorgen.

Das indonesische Umweltforum *Walhi* begrüßte das Moratorium. Es handele sich um einen positiven ersten Schritt in Richtung eines nachhaltigen Umgangs mit den Naturressourcen. Notwendig wäre allerdings ein für 25 Jahre geltendes Moratorium, erklärte die Organisation.

Das Europaparlament hatte Anfang des Jahres gefordert, den

Einsatz von Palmöl für Biosprit bis zum Jahr 2021 komplett einzustellen. (AFP 20.09.18)

## Mindestens 19 Tote nach Massaker

**Westpapua:** Nach einem mutmaßlichen Massenmord an über 20 Bauarbeitern haben indonesische Soldaten mit der Suche nach den Verdächtigen begonnen. Rebellen sollen nach Angaben eines vom Militär veröffentlichten Augenzeugenberichts im Hochland der Provinz Papua mindestens 19 Menschen brutal getötet haben. Auf einer Facebook-Seite, die von der *Nationalen Befreiungsarmee Westpapas* (TPNPB, bewaffnete Gruppe der Unabhängigkeitsbewegung) betrieben werden soll, war von 24 getöteten Arbeitern die Rede. Der englischsprachige „The Guardian“ berichtet von mindestens 31 Toten.

Die indonesischen Behörden bestätigten die Zahl noch nicht. Ebenso wenig konnte die Glaubwürdigkeit des Augenzeugen bisher unabhängig geprüft werden. Nach Recherchen der Nachrichtenagentur AFP war der Zeuge aber in der Region beschäftigt, in der das Massaker stattgefunden haben soll. Seinen Beschreibungen zufolge sollen 50 Rebellen der TPNPB unter Leitung ihres Kommandanten Egianus Kogeya insgesamt 19 Arbeiter der Trans-Papua-Straße erschossen oder ihnen die Kehle durchgeschnitten haben.

Die TPNPB rechtfertigte den Angriff und sagte, die Bauarbeiter seien indonesische Militärs, keine Zivilisten, gewesen. Sie bezeichnete den Angriff als einen Akt der Selbstverteidigung gegen eine Armee, die das westpapuanische Volk bereits seit langem unterdrücke. Außerdem käme das Brückenbauprojekt der Polizei und den Truppenbewegungen in der Region zugute, nicht den Menschen selbst. Die Armee nutze die neugebauten Straßen - Teil des großangelegten Infrastrukturprogramms der Regierung

-, um Angriffe gegen die Zivilbevölkerung in der Region durchzuführen.

Das indonesische Militär ist in großen Teilen für den Autobahnbau in Westpapua zuständig. Die Bauarbeiter hätten versucht, die Feier der Rebellen zum 1. Dezember zu fotografieren und so Gründe für eine Verhaftung der Feiernden zu finden.

In einer Militäroperation suchen nun etwa 150 Soldaten in der entlegenen Bergregion Nduga in Papua nach den mutmaßlichen Tätern.

Indonesiens Präsident Joko Widodo sprach nach der Tötung der Bauarbeiter von einem *„barbarischen und unmenschlichen Akt“*. Jacob Rumbiak, Sprecher der Vereinten Bewegung für ein unabhängiges Papua (*United Liberation Movement for West Papua*, ULMWP) sagte, die TPNPB habe ein Recht darauf, auf die Unterdrückung des papuanischen Volkes durch das indonesische Militär aufmerksam zu machen. Gegenwehr sei erlaubt. Nichtsdestotrotz betonte Rumbiak, die ULMWP sei eine gewaltfreie politische Partei, die nichts mit den gewaltbereiten Separatisten zu tun habe.

Indonesien wirft den Separatisten in Papua regelmäßig Gewalttaten vor. Dem Militär wiederum werden seit Jahren Rechtsmissbrauch gegen die melanesische Bevölkerung in Papua vorgeworfen sowie außergerichtliche Tötungen von Aktivisten und friedlichen Demonstranten.

Wenige Tage vor dem Massaker hatte es Massenverhaftungen hunderter Demonstranten gegeben, die an den Feierlichkeiten zum 1. Dezember teilnahmen.

Der 1. Dezember wird von vielen Papuas als „Unabhängigkeitstag“ gefeiert. Am 1. Dezember 1961 hatte Papua einseitig seine Unabhängigkeit von Indonesien erklärt und erstmals die inzwischen verbotene Morgensternflagge gehisst. Zwei Jahre später übernahm Indonesien gewaltsam die

Kontrolle über die Region und annektierte es 1969 offiziell.

Aktivisten berichten, dass die indonesischen Sicherheitskräfte dieses Jahr fast 600 Demonstranten festgenommen hätten, darunter 105 in Westpapua und rund 450 in anderen Teilen Indonesiens, darunter allein 322 in Surabaya. Alle Verhafteten wurden inzwischen freigelassen.

(Asia Pacific Report 03.12.18, Westpapua-Netzwerk online 06.12.18, Pressemitteilung AFP 05.12.18, The Guardian 05.12.18)

## Satire-Video über Westpapua

**Australien:** Ein Satire-Video sorgt derzeit im Internet für Furore. *The Juice Media* ist ein australisches Film- und Medienunternehmen, das zeitgenössische politische und soziale Satire produziert. Ihr neuestes Video ist eine Persiflage eines Tourismus-Werbepots in Westpapua. In gut zweieinhalb Minuten wird anschaulich die brutale Geschichte der Unterdrückung der indigenen Bevölkerung Westpapas sowie das aktive Wegschauen internationaler Regierungen, insbesondere der australischen Regierung, gezeigt. Finanzielle Unterstützung in Millionenhöhe für das indonesische Militär, die Verharmlosung von schweren Menschenrechtsverletzungen bis hin zur Bereitstellung von Material für die Grasberg-Mine, die unermesslichen Schaden an der Umwelt und den traditionellen Landeignern verursacht hat, werden auf brutale, aber gleichzeitig humoristische Weise dargestellt.

Hier geht es zu dem Video: <https://www.youtube.com/watch?v=QjU8R8oj328&feature=youtu.be>

## AUSTRALIEN

### Darlehen für Pazifikstaaten

Die australische Regierung gewährt pazifischen Inselstaaten drei Milliarden AUS-Dollar an Zuschüssen und günstigen Darlehen für den Ausbau der Infrastruktur. Das gab Premierminister Scott Morrison Anfang November bekannt. Eine Milliarde Dollar soll in Kredite für kleinere, inhabergeführte Firmen fließen, die sich aufgrund hoher Zinssätze keine Banken-Kredite leisten können. Mit den übrigen zwei Milliarden Dollar sollen der Telekommunikationssektor, der Energiesektor sowie das Transportwesen und die Trinkwasserversorgung auf kleineren Pazifikinseln unterstützt werden.

Des Weiteren werde Australien seine diplomatische Präsenz im Pazifik erhöhen, erklärte Morrison. Man werde diplomatisches Personal nach Palau, auf die Marshall-Inseln, nach Niue, Französisch-Polynesien und auf die Cook-Inseln entsenden. Außerdem werde man auf militärischem Gebiet enger zusammenarbeiten, u.a. werde es gemeinsame Militärtrainings zu Wasser und zu Land geben, kündigte der sechste Premierminister Australiens an.

Morrison erklärte die Strategie im Rahmen seiner Rede zur Außenpolitik des fünften Kontinents. In Richtung auf die zunehmende Präsenz Chinas und die großen Summen, die seitens China in Pazifikstaaten investiert werden, machte Morrison unmissverständlich klar: „*This [the Pacific] is our part of the world*“. (*Gulf Times* 08.11.18)

### Seestern-Plage am Riff

Eine neue Erfindung soll die Seestern-Plage am *Great Barrier Reef* in Australien eindämmen helfen. Forscher der *University of Technology* in Queensland haben die sogenannten RangerBots, die

Mini-U-Booten ähneln, in Zusammenarbeit mit Google und der *Great Barrier Reef Foundation* entwickelt. Der Unterwasserroboter kann per Tablet durch Korallenriffe navigiert werden und dort die Dornenkronen-Seesterne aufspüren. Dann schießt der Roboter eine tödliche Injektion aus Essig oder Ochsen gallensalz auf den Seestern, die Korallen sollen dabei nicht verletzt werden. Bisher mussten Taucher die Tiere einzeln mit Giftspritzen töten.

Dornenkronen (lat. *Acanthaster planci*) sind die größten Seesterne der Welt. Eigentlich sind sie keine Schädlinge, denn in geringer Zahl helfen sie die Korallenvielfalt zu bewahren, indem sie die am schnellsten wachsenden Arten fressen. Am *Great Barrier Reef* gibt es derzeit jedoch mehrere Millionen dieser Seesterne. Die bis zu einem Meter großen und giftigen Dornenkronen fressen die Korallen des Riffs auf. Pro Jahr vernichtet eine ausgewachsene Dornenkronen bis zu 20 Quadratmeter Korallen. In einer Studie aus dem Jahr 2012 konnten Forscher zeigen, dass Dornenkronenseesterne für 42 Prozent der verschwundenen Steinkorallen am *Great Barrier Reef* verantwortlich sind.

Der neue Unterwasser-Roboter, eine Art „Tauch-Drohne“, kann die Seesterne mit einer Zuverlässigkeit von 99,4 % erkennen und sie mit einer gezielten Injektion töten, so ein Erfinder von der Universität. Der 15 Kilo schwere und 75 Zentimeter gelbe Roboter kann pro Batterieladung acht Stunden lang im Einsatz sein und bei seiner „Arbeit“ auch den Gesamtzustand des Korallenriffs inspizieren. Er kann dabei eine Strecke von 28 Kilometern pro Tag zurücklegen. (*Die Welt* 08.11.2013, *dpa* 26.11.18, *Süddeutsche Zeitung* 30.11.18)



## Unterstützung für Schule

Mit Unterstützung des *Direct Aid Program* (DAP) der australischen Botschaft in Vanuatu konnte eine Trinkwasseranlage in der Mel Maat Grundschule im Südwesten der Insel Efate (Vanuatu) installiert werden. Der Strom zum Betrieb der Anlage wird nun über Solarpaneele hergestellt.

Das Trinkwasser kommt nicht nur den 600 Schülern der Schule, sondern auch dem Lehrkörper und den Eltern der Schüler zugute. Damit wird es zukünftig keine Schließtage mehr geben. In der Vergangenheit hatte die Schule des Öfteren wegen akuten Wassermangels schließen müssen, da es für die Kinder nichts zu trinken gab und auch die Sanitäranlagen nicht genutzt werden konnten.

Zur Einweihung der Solar-Trinkwasseranlage war eigens der australische Botschafter für Vanuatu, Charlie Jebb, nach Mele Maat gekommen. Er erklärte, mit der nun verbesserten Hygiene (z.B. das Händewaschen nach dem Toilettengang und vor dem Essen) werde sich die Gesundheitssituation der Kinder verbessern und damit auch das Arbeitsklima an der Schule. (*Vanuatu Independent* 30.11.18)

## SPORT

### Deutscher gewinnt Ironman

**Hawai'i:** Der Deutsche Patrick Lange hat seinen Titel bei der 40. Auflage des *Ironman*-Triathlon in Kailua-Kona auf Big Island (Hawai'i) in einer Rekordzeit verteidigt. Der 32 Jahre alte Triathlet aus Hessen nutzte die optimalen Bedingungen und schaffte es als erster Sportler, die Strecke in unter acht Stunden zu absolvieren.

In 7:52:39 Stunden hat Lange über die 3,86 Kilometer Schwimmen, 180,2 Kilometer Radfahren und 42,2 Kilometer Laufen einen

Rekord aufgestellt und seinen Streckenrekord vom Sieg aus dem Vorjahr (8:01:40) um neun Minuten unterboten.

Nach Sebastian Kienle 2014 und Jan Frodeno 2015 und 2016, der wegen einer Verletzung nur als Experte und Zuschauer auf Hawai'i war, sorgte Lange damit für den fünften deutschen Sieg auf Hawai'i nacheinander.

Zweiter hinter Lange mit über vier Minuten Rückstand wurde der Belgier Bart Aernouts (7:56:41 Stunden) vor David McNamee aus Großbritannien (+ 8,31 Minuten).

Auch die deutschen Frauen waren erfolgreich: Anne Haug ist bei ihrer Ironman-WM-Premiere auf Hawai'i auf den dritten Platz gekommen. Die 35 Jahre alte gebürtige Bayreutherin musste sich nur der Schweizer Seriensiegerin Daniela Ryf und der Britin Lucy Charles geschlagen geben.

Als ältester Teilnehmer am legendären Ironman kam der 86-jährige Japaner Hiromu Inada nach 16:53:50 Stunden ins Ziel. Als einziger Starter seiner Altersklasse ist er damit nicht nur Weltmeister, sondern bereits für nächstes Jahr auf Hawai'i gesetzt.

*Info:* Der zweimalige Ironman Hawai'i-Sieger Patrick Lange erhielt für sein neuerliches Kona-Rekordrennen bei der 70. Bambi-Verleihung in Berlin den "Sonderpreis der Jury" verliehen. ARD-Sportmoderatorin Jessi Wellmer hielt die Laudatio auf den "King of Kona" und blickte kurz auf den Weg Langes zum Ironman-Sieger zurück. Patrick Lange ist bereits der dritte Triathlet, der die begehrte Auszeichnung der *Hubert Burda Media* erhielt. Das erste Rehkitz für einen Triathleten ging im Jahr 2005 an den damals frisch gekürten Ironman Hawai'i-Sieger Faris Al-Sultan, der Lange nun als Trainer zu den Kona-Triumphen führte. 2015 wurde Jan Frodeno nach seinem ersten Kona-Sieg

ebenfalls mit einem Bambi ausgezeichnet.

(<https://tri-mag.de/kona2018>, <https://www.welt.de/sport/article182051572/ronman-Hawaii-Sechs-Minuten-vor-dem-Cut-off-feiert-die-Masse-einen-86-Jaehrigen.html>, <https://www.tri2b.com/triathlonnews/detail/article/70-bambi-verleihung-ironman-hawaii-sieger-patrick-lange-erhaelt-den-sonderpreis-der-jury-8413/>)

## Neuseelands Jugendliche sind ozeanischer Fußball-Meister

**Salomonen:** Das (männliche) neuseeländische U16-Fußballteam hat die Fußball-Ozeanien-Meisterschaft zum siebten Mal in Folge gewonnen. Die jugendlichen Neuseeländer setzten sich im *Lawson Tama Stadium* in Honiara (Salomonen) nach Verlängerung in einem dramatischen Elfmeter-Schießen mit 5:4 Toren gegen die Mannschaft von den Salomonen durch.

*Info:* Die *Oceania Football Confederation* ist eine der sechs Kontinental-Konföderationen des Weltfußballverbands FIFA. Sie wurde 1966 von den Fußballverbänden aus Australien, Neuseeland, Fidschi und Papua-Neuguinea gegründet. Derzeit gehören der OFC elf Verbände an. Sitz des Verbandes ist Auckland (Neuseeland). (*Radio NZ Intern.* 22.09.18, <https://www.oceaniafootball.com/>)

## Vanuatus Beach Volley-Ballerinnen auf Erfolgskurs

**Vanuatu:** Die Beach Volleyballerinnen Miller Pata und ihre neue Teamkollegin Sherysyn Toko haben sich zur Teilnahme an den *Oceania Championship Games* in Tahiti (Französisch-Polynesien) vom 15. bis zum 21. Dezember 2018 qualifiziert. Sie erhielten eine Einladung zur Teilnahme an den Spielen von der *Fédération Tahitienne de Volleyball*.

Die beiden jungen Frauen werden in Tahiti auf Teams aus Australien, Neuseeland, Tahiti, Papua-Neuguinea und Neukaledonien

treffen.

Während Sherysyn noch relativ neu in dieser Sportart ist, spielt Pata seit Jahren auf hohem Niveau Beach Volleyball. Erst kürzlich gewann sie bei den *Commonwealth Games 2018* an der australischen Gold Coast eine Bronzemedaille. (*Vanuatu Independent* 29.11.18)

## Straßenrad-WM 2022

**Australien:** Der internationale Radsport-Verband UCI (*Union Cycliste Internationale*) hat die Straßenrad-Weltmeisterschaft im Jahr 2022 an die Stadt Wollongong in Australien vergeben. Es ist das zweite Mal, dass die Rad-WM in Australien gastiert. Im Jahr 2010 fanden die internationalen Wettkämpfe in Geelong nahe Melbourne statt.

Wollongong hat rund 290.000 Einwohner. Die Stadt liegt 100 Kilometer südwestlich von Sydney am Fuß des Mount Keira an der Südküste Australiens.

*Info:* Die UCI-Straßen-Weltmeisterschaften sind die Weltmeisterschaften im Straßensport und werden vom Welt-Radsportverband UCI seit dem Jahr 1921 jährlich an wechselnden Orten ausgetragen. Bei den Straßen-Weltmeisterschaften treten Nationalmannschaften an, keine Einzelfahrer. (*Neue Zürcher Zeitung* 06.10.18, <https://www.uci.org/>)

**„TOK BILONG PASIFIK“**

## Mit Plastikflaschen das Busticket bezahlen

**Indonesien:** 400 Tonnen Plastikmüll produziert die indonesische Stadt Surabaya jeden Tag. Jetzt sollen die Einwohner beim Recycling des Abfalls helfen - indem sie mit alten Plastikflaschen das Busticket bezahlen. Für zehn gebrauchte Plastikbecher oder - je nach Größe - bis zu

fünf Plastikflaschen bekommt man in der Stadt nun ein Busticket, das für zwei Stunden gültig ist. Passagiere können die Gefäße an den Endstationen abgeben oder ihre Fahrt direkt im Bus damit bezahlen.

Durchgesetzt wurde die Tarifänderung unter Bürgermeisterin Tri „Risma“ Rismaharini, die die neue Zahlungsmethode der Öffentlichkeit präsentierte, als sie modernisierte und bequemere Busse vorstellte.

Die Regierung ist in der Region schon länger darum bemüht, die Nutzung von privaten Fahrzeugen zu verringern. Durch Programme wie eben den Tausch von Plastikmüll gegen Busfahrkarten soll der Anteil privater Fahrzeuge am Verkehr von 75 Prozent auf 50 Prozent gesenkt werden.

Laut Daten der Stadtverwaltung kann ein Bus bis zu 250 Kilogramm Plastikmüll am Tag einsammeln, das sind rund 7,5 Tonnen im Monat. Die gesammelten Plastikverpackungen werden dann an Recyclingfirmen versteigert. Die Erlöse fließen in das Busnetz der Stadt an der Ostspitze Javas, der Hauptinsel Indonesiens. Durch die Einnahmen sollen auch neue Grünflächen in der Metropole mit ihren ca. 2,8 Millionen Einwohnern entstehen.

„Wir wollen mit dieser Initiative mehr Aufmerksamkeit für die Umwelt schaffen, vor allem für Plastikmüll“, erklärte Irvan Wahyu Drajad, Chef der örtlichen Verkehrsbetriebe. Einer Studie zufolge gilt Indonesien, das Land mit der viertgrößten Bevölkerung weltweit, nach China als weltweit zweitgrößter Verursacher von Plastikmüll. Pro Jahr produziert Indonesien 187,2 Millionen Tonnen Plastikabfall.

Surabaya führte die ungewöhnliche Recyclingmethode bereits im April des Jahres als erste Stadt des Landes ein. Bis zum Jahr 2020 will die javanische Stadt plastikfrei werden. (Reuters, [www.bento.de](http://www.bento.de), <https://www.trendsderzukunft.de/indonesien-hier-koennt-ih-er-mit-mit-plastikmuell-fuer-den-bus-bezahlen/>)

## „Miss Pacific Islands“ aus Papua-Neuguinea

Leoshina Mercy Kariha ist die neue „Miss Pacific Islands“. Die 18-jährige Bachelor-Studentin der *Divine Word University* in Madang erhielt die Krone als schönste Frau der pazifischen Inseln Anfang Dezember im *Atele Indoor Stadium* in Nuku'alofa (Tonga).

Kariha konnte sich in vier von fünf Kategorien gegen ihre Konkurrentinnen durchsetzen. Sie war jeweils die Erste in der Kategorie „best talent“, „best interview“, „Miss Tourism“ und „Miss Personality“.

Auf den zweiten Platz kam Sonia Piva, die amtierende „Miss Samoa“. Platz drei errang Emelepelesa Panapa, die „Miss Tuvalu“. (Kaniva Tonga 03.12.18)

## Verschwenderische Verköstigung

**Salomonen:** Rund 421.000 Euro (4 Millionen Solomon Islands Dollar) hat die Regierung der Salomonen im vergangenen Jahr für die Verköstigung der Parlamentarier aufgewendet. Üppig bestückte Mittagessen und importierte Getränke standen auch bei Fraktionssitzungen der Parteien kostenlos bereit.

Die Wirtschaftsprüfer der Regierung hatten festgestellt, dass wöchentlich Rechnungen in Höhe von 37.000 SI Dollar für die Verpflegung der Politiker anfielen. Auf das Jahr gerechnet sei dies ein großer Kostenfaktor für den Staatshaushalt.

Mathew Wale, der Vorsitzende der gesetzgebenden Kommission im Parlament, wandte sich jetzt an Premierminister Rick Houenipwela und erklärte, diese Ausgaben seien beschämend. Mit vier Millionen Dollar jährlich könne man dringend benötigte medizinische Geräte für die technisch unterversorgten Krankenhäuser kaufen. Ein Großteil der Bevölkerung auf den Salomonen litte an vermeidbaren Krankheiten wie

Übergewicht und Diabetes und man selber als Regierungsmitglied habe nichts Anderes zu tun, als sich täglich verschwenderisches Essen zu gönnen, machte der Politiker in drastischen Worten seinem Ärger Luft. Letztendlich handle es sich ja dabei auch um Steuergelder und es sei den Steuerzahlern nur schwer zu vermitteln, dass mit ihren hart erarbeiteten Geldern Essen und Getränke für Politiker bezahlt würden.

Wale machte den Vorschlag, zu dem System zurückzukehren, das unter dem Ex-Premierminister Dr. Derek Sikua bei Sitzungen üblich gewesen sei: Hier habe man in den Mittagspausen kleine Snacks vor dem Parlament kaufen können oder man habe sich gleich von zu Haus sein Lunchpaket mitgebracht. Das würde dem Staat jährlich viel sparen, betonte Wale. (One PNG News online 29.11.18)

## Drei neue Arten von Tiefseefischen entdeckt

Im Atacamagraben vor der Küste von Chile und Peru hat ein unbemanntes U-Boot in 7.500 Metern Tiefe drei bislang unbekannt Arten von Tiefseefischen entdeckt. Die bis zu 30 Zentimeter langen Scheibenbäuche (lat. *Lipanidae*) sind klein, schleimig und recht transparent. Wegen der jeweiligen Farbe sprechen die Forscher vorläufig von rosafarbenen, blauen und violetten Scheibenbäuchen.

Nach Angaben des Tiefseeforschers Thomas Linley haben die Scheibenbäuche in der Tiefe keine Fressfeinde mehr und können sich so bestens entwickeln.

*Info:* Insgesamt 40 Wissenschaftler aus 17 Ländern hatten bei der Expedition die Gewässer über dem bis mehr als 8.000 Meter tiefen Atacamagraben befahren. Entlang des 6.000 Kilometer langen Grabens ließen sie Dutzende Male ihre mit Kameras ausgestatteten U-Boote zum Meeresgrund hinab. (NTV 10.09.18)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

### AUS PAPUA-NEUGUINEA

#### ALLGEMEIN

#### Lehrplan für Religions- unterricht demnächst fertig

Im Rahmen des *Christian Partnership Programs* (kirchliches Partnerschaftsprogramm) trafen sich Anfang Juli Kirchenleitende mit dem neuguineischen Bildungsminister Nick Kuman zu einem Gedankenaustausch und zur Vorbereitung eines neuen Lehrplans für den Religionsunterricht an allen Schulen. Ab 2019 sollen alle Schüler in Papua-Neuguinea in den Schulen eine christliche Unterweisung erhalten.

Kuman betonte, wenn wir Gott über alle Dinge stellten und unseren Nächsten wie uns selbst liebten, würden Wohlfahrt und Frieden unter allen Menschen entstehen. Er freue sich, wenn Schüler geistlich gefördert und gute Menschen würden. (Artikel von Pfr. Dr. Jürgen Stadler, Wantok Nr. 2286)

#### Kirchen einig im Kampf gegen Sanguma

50 Kirchenleitende aus 14 Denominationen der Momase-Region trafen sich, um eine Strategie gegen den Sanguma-Glauben zu entwickeln. Veranstaltet wurde das Treffen vom CLRC, der Konstitutions- und Gesetzes-Reform-Kommission der Regierung.

Dr. Eric Kwa, Sekretär der CLRC, beschrieb, wie viel Leid, Verlust an Sachwerten und vor allem Menschenleben durch den Sanguma-Glauben entstünden.

Der strategische nationale Kirchenplan gegen Sanguma würde ein wichtiger Teil im nationalen Aktionsplan gegen den Sanguma-Glauben werden, erklärte Kwa. Er hoffe, dass diese Art von Treffen des CLRC in anderen

Regionen des Landes fortgesetzt würde. Ein anwesender Beamter der australischen Botschaft betonte die Bedeutung der Kirchen für die kommunale Arbeit, für die Lösung sozialer Probleme und die Überwindung des Sanguma-Glaubens. (Artikel von Pfr. Dr. Jürgen Stadler, Wantok Nr. 2286)

#### Regierung unterstützt christlichen Flugdienst

Richard Maru, der neuguineische Minister für nationale Planung und Monitoring, überreichte Mark Pam, dem Leiter der *Samaritan Aviation* im Ost-Sepik, einen Scheck in Höhe von zwei Millionen Kina (ca. 250.000 €), um die medizinische Versorgung aus der Luft im Ost-Sepik zu verbessern. Das Geld wird zur Hälfte für eine staatliche Machbarkeitsstudie für andere Sepik-Provinzen genutzt. Die andere Hälfte dient dem Unterhalt und Betrieb des christlichen Flugdienstes für Krankentransporte im Ost-Sepik und daran angrenzende Gebiete, für die es keine Straßenverbindung gibt.

(Artikel von Pfr. Dr. Jürgen Stadler, Wantok Nr. 228)

#### ELC-PNG

#### Distrikt Chimbu unterstützt Bundi Missionsarbeit

Am 26. Mai 2018 wurde in Pori in einem festlichen Gottesdienst eine neue Kirche im Rahmen der vom Distrikt Chimbu geförderten Bundi-Mission eingeweiht. Den Kauf des Grundes hatte die ELC-PNG übernommen. Bundi liegt zwischen Madang und dem Chimbu-Distrikt. Die Vorarbeit hatten Pastor James Kiu, die Evangelisten Ut Mabuliu und Simon Sokia und Agnes Gabee geleistet. Die Einweihung wurde vom ELC-PNG Sekretär Elymas Bakung vollzogen. (Artikel von Pfr. Dr. Jürgen Stadler, Wantok Nr. 2284)

#### RÖM.–KATH. KIRCHE

#### Bischof Cesare Bonivento verabschiedet

Bischof Cesare Bonivento ging nach 20-jähriger Tätigkeit in der Diözese Vanimo im Alter von 75 Jahren in den Ruhestand. Er kehrte in sein Heimatland Italien zurück. Zuvor war er Bischof der Alotau-Diözese. Von Vanimo aus setzte er sich für die Menschenrechte in Westpapua ein. Sein Nachfolger in Vanimo ist Bischof Francis Meli. (Artikel von Pfr. Dr. Jürgen Stadler, Wantok Nr. 2284)

#### Wewak Diözese feiert Bibel-Monat und Jubiläum

Im Monat August ehrte die katholische Kirche von PNG das Wort Gottes in Gestalt der Bibel. Gleichzeitig feierte Bischof Joe Roszynski, SVD, das 110-jährige Jubiläum der Ankunft der katholischen Missionare in Boiken im Jahr 1908 in der Nähe von Wewak. In einem nachstellenden Drama überbrachte der Bischof eine Bibel. Ihm begegnete eine Singgruppe und eine Gruppe von speertragenden Kriegerern. Der Bischof zerbrach die Speere und verkündete, die Zeit der Speere sei nun vorbei und die Zeit der Bibel sei gekommen. In seiner Predigt meinte er, mit der Bibel sei eine Zeit der Umkehr und des Umbruchs gekommen. Es gebe 5 Gründe, warum jeder die Bibel täglich lesen müsse: 1. es verändere unser Denken. 2. es gebe klare Anweisung für das Leben. 3. es lehre uns, auf Gott zu hören; 4. es pflanze den Samen des Wortes Gottes in unser Herz und 5. es lehre uns, uns mit den Augen Gottes zu sehen.

Nach dem Gottesdienst gab es ein Bibelquiz für die Dörfer und für die Jugendlichen. (Artikel von Pfr. Dr. Jürgen Stadler, Wantok Nr. 2290)

## Rochus Tatamei neuer Bischof von Kavieng

Aus Krankheitsgründen trat Bischof Ambrosius von seinem Amt als Bischof der Diözese Kavieng nach 27 Jahren Dienst zurück. Sein Nachfolger wurde im Juni 2018 Bischof Rochus Tatamai, geboren am 24. September 1962 in Kavieng. Tatamai möchte die Gemeindebesuche wiederaufnehmen und sich zusammen mit der Provinzregierung der Flüchtlinge auf der Insel Manus annehmen.

Bischof Tatamai wurde auch zum Vorsitzenden des *Papua New Guinea Council of Churches* gewählt. Er ist außerdem der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz von Papua-Neuguinea und den Salomonen. (Artikel von Pfr. Dr. Jürgen Stadler, Wikipedia, Wantok Nr. 2292)

## ANDERE KIRCHEN

### Entscheidung der United Church von Australien ist nicht bindend für UC PNG

Bernard Siai, Moderator der United Church von PNG, hält die Zulassung gleichgeschlechtlicher Trauungen in der australischen United Church nicht für die United Church in PNG für bindend. Viele Mitglieder der United Church von PNG seien verunsichert und besorgt. Die United Church von PNG stehe fest zur früheren Lehre und werde sich nicht ändern. Ehe sei, wenn Mann und Frau eins würden, dies öffentlich vor Gott und den Menschen versprechen und auf diesem von Gott bestimmten Wege eine Familie würden. (Artikel von Pfr. Dr. Jürgen Stadler, Wantok Nr. 2289)

## AUS ANDEREN LÄNDERN

### Kirche fordert Gerechtigkeit

**Tahiti:** Die *Maohi Protestant Church* hat den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) angerufen mit der Bitte um Unterstützung bei der Aufarbeitung der atomaren Vergangenheit von Französisch-Polynesien. Kirchenleitende der *Maohi Protestant Church* hatten Mitte Oktober an der Tagung des Dekolonisierungskomitees der UN in New York teilgenommen, bei dem es u.a. um Frankreichs Verantwortung für die Atomtestfolgen auf den pazifischen Inseln und Atollen ging.

Frankreich hatte zwischen 1966 und 1996 auf Fangataufa und dem Atoll Moruroa 193 Atombomben getestet, bis heute klagten Atomtestveteranen und ihre Angehörigen über gesundheitliche Spätfolgen.

Die Kirche will mit Unterstützung der UN erreichen, dass die Atombombentests im Nachhinein zu einem „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ ernannt werden. Dadurch könnte Frankreich in die Verlegenheit kommen, sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verantworten zu müssen.

Die Kirche beklagte des Weiteren die Weigerung Frankreichs, Französisch-Polynesien auf die UN-Liste der zu dekolonisierenden Staaten setzen zu lassen. Dadurch sei es der Territorialregierung von Französisch-Polynesien nicht möglich, den internationalen Atomwaffenverbotvertrag zu unterzeichnen, denn dies dürfen nur unabhängige Staaten tun.

Die Bemühungen der protestantischen Kirche um die Dekolonisierung werden sowohl vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) in Genf, als auch von der Pazifischen Kirchenkonferenz (PCC) unterstützt. (Artikel von Julia Ratzmann, Radio NZ Intern. 16.10.18)

## Häusliche Gewalt ist „Strafe Gottes“

**Samoa:** Der Anstieg von häuslicher Gewalt in Samoa sei die Strafe für die Nicht-Beachtung der zehn Gebote Gottes. Das erklärte der katholische Geistliche Kasiano Le'aupepe am Rande eines Forums, das von den nationalen Menschenrechtsorganisationen und mit Unterstützung des Frauenprogramms der Vereinten Nationen (UN-Women) in Apia stattfand.

Le'aupepe, der Vorsitzende des samoanischen Kirchenrates (*Samoa National Council of Churches*) beklagte, dass die Menschen in Samoa die Regeln und Gesetze der Menschen besser befolgten als die Gebote Gottes. Es brauche einen nationalen Tag der Buße (*National Day of Repentance*) in Samoa, forderte der Kirchenratsvorsitzende vehement. Die Regierung müsse dieses Ansinnen unterstützen.

Hintergrund von Le'aupepes Vorstoß war die Veröffentlichung des von der Regierung vorgelegten Berichtes zur häuslichen Gewalt in Samoa (*National Inquiry into Domestic Violence*), in dem den Kirchen eine gewisse Mitschuld am Anstieg der Gewalt zugewiesen wird. (Artikel von Julia Ratzmann, Radio NZ Intern. 03.12.18)

## Neuer Rektor am PTC

**Fidschi:** Wie im Rahmen des Abschiedsgottesdienstes des langjährigen Dozenten und Rektors des *Pacific Theological College* (PTC) in Suva (Fidschi), Dr. Feleterika Nokise, vom Vorsitzenden des PTC-Aufsichtsrats bekanntgegeben wurde, wurde am 5. November 2018 der Samoaner Dr. Upolu Luma Va'ai als neuer Rektor des PTC gewählt.

Er ist seit 1999 ordiniertes Pfarrer der *Methodist Church of Samoa* und lehrt seit Januar 2014 am PTC im Fachbereich Systematische Theologie. Der 46-Jährige wird sein Amt als Leiter des ökumenisch, akademisch, interkultu-

rell und interdenominationell bedeutendsten Seminars von Ozeanien mit derzeit fast 50 Studierenden in „Degree-Programmen“ aus 18 Kirchen des pazifischen Kontinents im Januar 2019 antreten.

Von 2003 bis 2005 lehrte Va'ai im australischen Brisbane am *College of Theology*. Von 2008 bis 2013 war er Dozent in Samoa am *Piula Theological College*.

21 Absolventen der theologischen Hochschule wurden bei einer für das PTC bekannten, kulturell reichen, festlich-farbigem Graduierungsfeier mit einem Diplom, dem theologischen Magister/Master sowie dem theologischen Doktor-Grad gewürdigt und zum Dienst in ihre Heimat-Kirchen verabschiedet. Sie werden nun in den theologischen Seminaren ihrer pazifischen Kirchen tätig sein und teils als Kirchenleitende Verantwortungsposten übernehmen.

Dem PTC zugeordnet ist das renommierte *Institut für Mission und Forschung IMR*, das sich mit Grundherausforderungen der Ökumene der Gegenwart beschäftigt sowie Zielgruppenspezifische Fortbildungsprogramme im ganzen Raum Ozeanien anbietet.

(Artikel von Pfr. Dr. Traugott Farnbacher, Dienstreise nach Suva, 05.11.18, <https://newslinesamoa.ws/index.php/news/2018/lifestyle/rev-dr-upolu-vaai-appointed-principal-pacific-theological-college>)

## Aktualisierung der Bibel

**Marshall-Inseln:** Ein fünfköpfiges Team unter Leitung des diplomierten Übersetzers Joseph Hong von der *United Bible Societies* überarbeitet derzeit die Bibel in marshallischer Sprache. Dabei wird der biblische Text vor allem an die neuen Rechtschreibregeln angepasst, wie sie bereits 2005 von der Regierung der Marshall-Inseln verabschiedet worden sind. Dazu muss der gesamte Text des Alten und Neuen Testaments in ein Orthographie-Programm auf Computern eingetragen werden. Die jetzt überarbeitete Übersetzung der Bibel

stammt ursprünglich aus den 1970er und den frühen 1980er Jahren. Damals hatte man noch ohne Textverarbeitungsprogramme auf Schreibmaschinen getippt.

An der Überarbeitung beteiligt sind die Vertreter der vier großen Denominationen auf den Inseln: United Church of Christ, Assemblies of God, Reformed Congregational Church und die Roman Catholic Church.

Ende 2019 sollen dann zwei Bibel-Versionen fertig sein: Eine Ausgabe für die Katholiken mit einem erweiterten Schriftenkanon sowie eine zweite Ausgabe ohne die Deutero-Kanonischen Schriften für die anderen Denominationen. (Artikel von Julia Ratzmann, *Marshall Islands Journal* 16.11.18)

## Neuer Generalsekretär der PCC

**Pazifik:** Der 45-jährige Pfarrer James Bhagwan von der Methodistischen Kirche in Fidschi wurde auf der Vollversammlung der Pazifischen Kirchenkonferenz (PCC) am 1.11.2018 in Auckland (Neuseeland) in Nachfolge von Pfarrer Francois Philataae (Maohi Kirche, Tahiti) zum neuen Generalsekretär des Pazifischen Kirchenrats (PCC) mit Sitz ebenfalls in Suva gewählt.

Bhagwan war bis dato der bisher jüngste Generalsekretär der Abteilung *Communication and Overseas Mission Department of the Methodist Church in Fiji and Rotuma*. Kurz vor seiner Wahl zum Generalsekretär hatte er angekündigt, in den nächsten drei Jahren seine Promotionsarbeit abschließen zu wollen.

**Info:** Der PCC gehören 27 Kirchen des „flüssigen Kontinents“ Ozeanien an, dessen ca. 12 Mio. Menschen (= Bevölkerung von Bayern) auf einer Fläche fünfmal so groß wie Europa sich zu über 80% zum Christentum bekennen. Die PCC ist dem Weltrat der Kirchen mit Sitz in Genf verbunden, für den der PCC einen der Vize-/Regionalpräsidenten stellt.

Die PCC ist mittels ihrer Hauptprogramme in folgenden Themenbereichen engagiert: Klimawandel und Zukunft des Kontinents, ethnische Vielfalt, Fragen von Migration und Identität, Gewalt und Ausbeutung, Rolle der Kirchen im öffentlichen Leben, Selbstbestimmung und zivilgesellschaftliche Verantwortung, theologische Aus- und Fortbildung, Bedeutung regionaler Kirchenbündnisse, Mission und Theologie in und seitens der Mitgliedskirchen sowie Zukunftsfragen der Jugend.

Der neue Generalsekretär erklärte gegenüber Dr. Traugott Farnbacher, der bei der Vollversammlung sowie den Ereignissen am Pacific Theological College unsere Landeskirche über das *Centrum Mission EineWelt* vertrat, dass er sich für eine Stärkung der öffentlichen Verantwortung pazifischer Kirchen, die Stärkung innerer Verbindungen der regionalen Kirchenbündnisse sowie Herausforderungen im Bereich Glaube, Theologie und Mission der Kirchen einsetzen werde. (Artikel von Pfr. Dr. Traugott Farnbacher, nach einer Dienstreise nach Auckland, November 2018)

### Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion:** Julia Ratzmann

**Kirchliche Nachrichten:**  
Pfr. Thomas Paulsteiner und FSJ'ler

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.**  
Evangelische Bank  
IBAN: DE12520604100001011111  
BIC: GENODEF1EK1

### Quellen:

ABC • Australien-Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Marianas Variety • National Neuseeland-Info • Pacific Beat • Pacific Daily News • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Saipan Tribune • Solomon Islands Broadcasting Association • Wantok • Westpapua-Netzwerk

### Herausgeber:

**Pazifik**  
INFORMATIONSTELLE  
und  
**Mission EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern  
Hauptstraße 2 • 91564 Neundorfleisau  
Tel. 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120  
[www.pazifik-infostelle.org](http://www.pazifik-infostelle.org)  
[www.mission-einewelt.de](http://www.mission-einewelt.de)